

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 50. Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementpreis 1,50 Ml. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3822.

Hamburg,
Sonnabend, 11. Dezember 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltenen Petitsätze
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzufinden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

Wie ein Arbeitgeber das Vertragsmuster zu kommentieren wünscht.

Die Süddeutsche Malerzeitung bringt in ihrer Nr. 48 das Vertragsmuster, wie es sich aus den Verhandlungen in Berlin ergeben hat. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn sich der Vorsitzende der Zentralleitung des süddeutschen Malermeisterverbandes, Herr Stolz, nicht wieder veranlaßt gesehen hätte, dazu einen Kommentar aufzustellen. Abgesehen von der Auslegung, die den Tarifbestimmungen schon in dem früheren Kommentar der Süddeutschen gegeben war, finden wir weitere Auslegungen, die dem Sinne, wie er durch die Verhandlungen sich ergeben hat, durchaus widersprechen. Ob mit diesem Kommentare bezweckt wird, das Vertragsmuster den Herren Arbeitgebern schmächerlich zu machen, oder ob die Absicht besteht, den Vereinbarungen einen andern Sinn zu unterschieben, bleibt für uns gleichgültig. Auf alle Fälle müssen wir gegen diese einseitige Kommentierung des Tarifes protestieren und verweisen hier ausdrücklich auf die Verhandlungen, wo gesagt wurde, daß ein Kommentar zum Tarife nur dann Gestalt haben kann, wenn er von beiden Parteien bearbeitet und anerkannt ist.

Das Protokoll sagt in dieser Angelegenheit, nachdem Herr Stolz verschiedentlich auf seinen Kommentar in der "Süddeutschen" hingewiesen hat:

Kollege Bimmermann: "Ich möchte nur bemerken, daß es nicht den Anschein erwecken darf, als ob der Kommentar des Herrn Stolz als Auschauung der Gesamtheit gilt, er ist nur einem einzelnen entsprungen. Das wir einen Kommentar haben müssen, wissen wir aus Erfahrung, aber wir müssen ihn dann so feststellen, daß beide Teile zur Abschaffung hinzugezogen werden. Mir kommt es darauf an, daß nicht nachher gesagt wird, der Kommentar des Herrn Stolz gilt als rechtsverbindlich."

Vorsitzender v. Schulz: "Dann legen wir protokollarisch fest, daß das nur Leitsätze sind, damit wäre die Sache erledigt."

Kollege Taubert: "Wir protestieren dagegen, daß die Anmerkungen als Unterlage benutzt werden; sie sind uns nicht bekannt, ihre Tragweite kennen wir noch nicht. Wir müssen die Anmerkungen erst genau durchlesen, um zu wissen, was darunter gedacht ist. Die Unterlage soll der Normaltarif bilden, nicht aber die Anmerkungen, denn die sind nur von einer Partei ausgearbeitet."

Herr Dr. Brenner: "Wir wollen also sagen: Die Leitsätze, die im Kommentar niedergelegt sind, haben nur insoweit Gültigkeit, als sie durch Vereinbarung sämtlicher Parteien zu Protokoll gegeben worden sind."

Vorsitzender v. Schulz: "Wir können es ja auch so machen, daß wir das, was wir protokollarisch festlegen, den Herren nachher zur endgültigen Genehmigung unterbreiten. (Bestimmung.) Nebrigens wollen Sie doch erst auf Grund der Leitsätze später einen Kommentar aufbauen."

So also war der Gang der Verhandlungen. Wir hätten doch erwartet, daß sich auch Herr Stolz hier nachrichtet und nicht von neuem versucht, durch einseitiges Eingreifen dem Tarifmuster andere Bedeutung zu geben, als es durch die Verhandlungen erhalten hat. Klipp und klar wurde von den Herren Unparteilichen ausgesprochen, daß ein Kommentar nur unter beiderseitiger Zustimmung geschaffen werden kann. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß der Kommentar das Wichtigste zu einem Gesetz ist, nachdem hierdurch präzisiert wird, was sich der oder die Gesetzgeber unter der betreffenden Bestimmung gedacht haben. Durch eine unrichtige Auslegung kann das beste Gesetz verhunzt werden und diese Absicht scheint bei dem Herrn vorzuliegen. Wir haben dadurch alle Ursache, die Gleichheit unseres Tarifkontrahenten anzuzweifeln. Das damit aber die Verhandlungen gefördert werden können, wird niemand behaupten wollen.

Es ist unmöglich, alle diese unrichtigen "Kommentar"-Bestimmungen hier zu widerlegen, wir müssen uns darauf beschränken, einstweilen nur einige herauszuziehen. Wir wollen auch sofort erklären, daß wir uns an diese Kommentierung in keiner Weise halten werden. Schon zur Überschrift des Vertrages beliebt es Herr Stolz, nicht die protokollarischen Erklärungen zu benutzen, sondern

seine Fassung vom alten Kommentar. Wenn diese auch inhaltlich sich mit der Erklärung deckt, so kann doch mit anderen Worten der Sinn entstellt werden, weshalb es besser gewesen wäre, die protokollarische Erklärung zu nehmen. Auf jeden Fall werden wir darauf dringen, daß bei dem verbindlichen Kommentar diese Sache gewählt werden. Schließlich hat man zu dieser Erklärung noch einen Passus zugesetzt, von dem bei den Verhandlungen keineswegs die Rede war. Der Passus lautet:

"Die örtlichen Gehilfenorganisationen sind verpflichtet, die örtliche Meisterorganisation vom Abschluß derartiger Sonderverträge zu benachrichtigen und ihr vom Inhalt derselben Kenntnis zu geben."

Eine derartige Verpflichtung wurde nirgends verankert.

Zu dem Paragraphen 2 über Lohn und Leistung gibt Herr Stolz eine Kommentierung, die am meisten von dem gefallten Schiedsspruch der Herren Unparteilichen abweicht, wiewohl auch hier in den protokollarischen Erklärungen ebenso wenig ein Anhalt für eine derartige Auslegung dieses Paragraphen gegeben ist. So versucht er, seinen "Bollarbeiter" nun in einen "normalen Gehilfen" umzumodeln und die Quantitäts- und Qualitäts-Leistung einzuschleben, obwohl die protokollarische Erklärung nur dahin geht, daß durch das Wort "Norm" gesagt sein soll, daß auch eine Qualitätsleistung aufgestellt werden kann, wenn das Bedürfnis hierzu besteht. Daß dieses Bedürfnis dazu jetzt vorhanden ist, müssen die örtlichen Verhandlungen ergeben und wird es Sache der Ortstarifkommissionen sein, diese Frage in weiterer Zukunft zu ventilieren. Auf jeden Fall läßt sich die Frage nicht so einfach kommentieren, wie Herr Stolz annimmt; sondern werden wir hier auch noch ein Wörtchen mitzutragen haben.

Was Herr Stolz mit seiner Anmerkung 4 beabsichtigt, ist uns vorläufig noch unverständlich. Er kommentiert hier:

"Gehilfen unter 20 Jahr. Der Lohn für Gehilfen unter 20 Jahren ist niedriger im Tarifvertrag einzusehen als der Normallohn, weil die Leistung eines solchen Gehilfen hinter der des normalen Gehilfen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zurückbleibt. Es dürfte sich empfehlen, die mittlere Leistung eines Gehilfen, der den Voraussetzungen des § 2 Abs. 4 lit. a entspricht und das 18. Lebensjahr vollendet hat, als Norm zur Berechnung des Lohnes für Gehilfen unter 20 Jahren anzuwenden."

Es hat den Anschein, als ob hier für Junggehilfen eine weitere Leistung geplant ist. Herr Stolz reitet sein Steckenpferd weiter und scheint die Absicht vorzulegen, auf Umwegen der sechsfachen Leistung wieder näher zu kommen, die erst nach so großem Widerstand bei den Verhandlungen ausgegeben wurde. Wir müssen hier ausdrücklich auf die Erklärungen unserer Vertreter bei den Verhandlungen hinweisen, ferner auf den Schiedsspruch der Herren Unparteilichen, wo es heißt:

"Endlich ergaben auch hinsichtlich der Gegenleistung die Verhandlungen keine genügende Grundlage für die Abänderung der Bestimmungen des Normaltarifvertrages; insbesondere erachten die Unparteilichen die Beschränkung der Lohnkürzung auf den Betrag von 10 Prozent des verdienten Lohnes vor allem im Interesse der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz und der Wahrung eines gewissen Existenzminimums, wie es bereits in einer Reihe von Gesetzen vorgesehen ist."

In der Anmerkung 13, "Genügende Ausweispapiere", wird wieder frank und frei das Gesellenprüfungzeugnis gefordert, obwohl im Schiedsspruch der Unparteilichen ausdrücklich vermerkt ist:

"Das gleiche gilt bezüglich des Erfordernisses der bestandenen Gesellenprüfung, als neue Lohnbedingung, kommt dieser Forderung nur eine formale Bedeutung zu, die in vielen Fällen zu unlänglichen Härten führen kann, abgesehen davon widerspricht die obligatorische Festlegung der bestandenen Gesellenprüfung in dem Tarifvertrag dem nicht zwingenden Charakter der diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung."

Man versucht also auch hier wieder, das Gegen teil von dem in den Kommentar aufzunehmen, was in den Schiedssprüchen festgelegt ist.

Auch die Anmerkung 14 verrät wieder eine dieser meisterlichen Spitzfindigkeiten, wo es sich um das Melden der Löhne für die Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre handelt. "Einer Genehmigung dieser Vereinbarung durch das Ortsamt bedarf es nicht." Gerade, als ob dem Meister damit besonders geholfen wäre, als wenn es nicht noch genug Mittel geben würde, wenn der Lohn zu gering ist, dem Kollegen nahezulegen, abzureisen oder ihn wo anders unterzubringen. Mit derartigen Mäppchen werden die Herren nicht recht weit kommen. Sie dürfen doch nicht vergessen, daß es nach dem Winter auch wieder Sommer wird. Und, wäre es nicht ein trauriges Armutzeugnis für die gesamten Malermeister, daß der junge Gehilfe nach beendeter Lehrzeit noch nicht einmal imstande sein soll, ein ordentliches Stück Arbeit selbstständig auszuführen?

In dem Passus 16 kommt Herr Stolz wieder auf die Dreiteilung der Qualitätsleistung zu sprechen. Auch hier können wir nur auf die Ausführungen bei den Verhandlungen hinweisen und auf die Stellung der Herren Unparteilichen, die mit Recht erklären, daß die im Normaltarif im Vorjahr vereinbarte Leistung nur in Ausnahmefällen eingeführt wurde, daß also dafür in der Praxis scheinbar gar kein Bedürfnis besteht und daß es doch angebracht wäre, zunächst zu versuchen, die einfache Leistung einzuführen. Herr Stolz erklärte selbst, daß die Meister die Frage der Leistung noch nicht verstehen, sondern darin erst aufgeklärt werden müssen. Trotzdem empfiehlt er in seinem Kommentar die Dreiteilung der Leistung. Im letzten Jahre wurde von den Meistern der Standpunkt vertreten, daß es sich bei der Leistung hauptsächlich darum handle, bei der Kalkulation einheitliche Unterlagen zu schaffen, um die gewaltigen Preisunterschiede aufzuheben, mit einem Worte, um der Schmutzkonkurrenz zu Leibe gehen zu können. Die Leistung sollte überhaupt nicht für qualifizierte Arbeit gelten, sondern für Durchschnittsarbeit, wie sie auf Neubauten gemacht wird.

Heute versucht man die Leistung auszudehnen und zwar nach "Qualität". Dies bedingt doch, daß jedem Gehilfen bei jeder Arbeit mitgeteilt wird, nach welcher Qualität im einzelnen Falle gearbeitet werden soll. Er streicht früh im Neubau nach Qualität 3, kommt dann in eine Privatwohnung, wo Fenster nach Qualität 1 gestrichen werden, um am Abend schließlich eine Kliche nach Qualität 2 abzukratzen. Wir halten es gänzlich für ausgeschlossen, daß ein Gehilfe, der einen sauberen Anstrich herzustellen gewohnt ist, überhaupt in der Lage ist, seine Arbeitsleistung zu "breiteten". Es sei denn, daß unser Schweizer Bruderorgan mit seiner Auffassung über die Leistung recht bekommt, indem es meint, die Dreiteilung sei dahin zu verstehen, daß Qualität 1 gepfuscht, Qualität 2 geschmiert und Qualität 3 gesaut vorstellt. Auf jeden Fall sollte sich eine Meisterorganisation, die vorgibt, für die Hebung des Handwerks einzutreten zu wollen, mit derartigen Vorschlägen nicht kommen, sondern allgemein eine saubere Qualitätsarbeit fordern und alle zweite und dritte Qualität, als zum Schaden des Berufes verwerfen. Es klingt wie Hohn, wenn in dem Kommentar, nachdem die Dreiqualität besprochen ist, bemerkt wird, daß Anschein des Gewerbes durch reelle und sachgemäße Ausführung zu fördern. Durch die Forderung der Leistung im Vorjahr, durch die verschiedenen Artikel in der "Süddeutschen" und durch die Ausstellung in München glaubten wir in Herrn Stolz einen eifigen Kämpfer der Schmutzkonkurrenz und wackeren Förderer des Handwerks vor uns zu haben. Nach seinen neuesten Leistungen auf dem Gebiete der Leistung müssen wir aber zugeben, daß wir uns getäuscht haben, daß es sich entweder um Demagogie handelt, oder daß er eingesehen hat, daß es unmöglich ist, bei seinen Kollegen mit seinen Idealen durchzudringen, daß er deshalb nachgibt und nun mit der Dreiteilung versucht, die Leistung schmächerlich für seine Kollegen zu machen.

Auf jeden Fall zeigt die Behandlung der Frage, daß sich die Befürworter derselben in Meisterkreisen noch keineswegs über deren Zweckmäßigkeit klar sind. Wir werden zur gegebenen Zeit auf die Frage der Leistung noch zurückkommen.

Die Definition zu § 3, im Kommentar 5, ist gleichfalls unrichtig, vielmehr auch von einem zu hohen Standpunkt aus niedergelegt worden. Mit „10 Meter vom Standpunkt der Leiter aus gemessen“ glaubt der Herr über die Frage hinwegzukommen. Das wäre auch zu schön. Streicht ein Gehilfe auf einem Dache Erker und benutzt dazu ein Leiterchen von 8 Sprossen, so hätte er keinen Zuschlag zu erhalten, weil die Leiter, von der Dachrinne aus gemessen, wo sie steht, nur 2 Meter mißt. Oder auch, ein Giebel ist 12 Meter hoch, da werden nur für die 10 Minuten, die der Gehilfe braucht, um die Spitze herauszustrecken, Zuschläge bezahlt. Nein, so wetten wir nicht, da haben auch wir noch etwas zu den Herzenswünschen der Meister mitzureden.

Die Anmerkung 1 zu § 4 entspringt anscheinend auch einem längst ersehnten Moment. Nach dieser Fassung soll die Verweigerung von Akkordarbeit „Tarifverlehnung“ und die Einwirkung der Organisation zur Verweigerung der Akkordarbeit „Tarifbruch“ sein. Was die Verweigerung der Akkordarbeit durch die einzelnen Gehilfen betrifft, so kann hier ein Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen überhaupt nicht zugegeben werden, denn schließlich ist es doch noch Sache des Betreffenden selbst, zu entscheiden, ob er im Akkord arbeiten will oder nicht, und was die Organisation anbelangt, so werden wir uns unsere Stellung jeweils vorbehalten. Daß es Tarifbruch sein soll, wenn wir den Kollegen, sei es im Einzelinteresse oder im Interesse der Gesamtheit, zu diesem oder jenem Arbeitssystem raten, ist jedenfalls eine recht sonderbare Auffassung. Wenn Akkordarbeit gestattet ist, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß sie von der Organisation befürwortet wird. Außerdem ist die Akkordarbeit heute noch so wenig eingeführt und für unseren Beruf so wenig anwendbar, daß wir eine Verallgemeinerung nicht zu erwarten brauchen, aber auch im Interesse des Berufes keineswegs deren Einführung befürworten können.

In der Frage des Arbeitsnachweises geht Herr Stolz wieder seinen eigenen Weg und suchtet im leeren Nebelrum. Er ist der Ansicht, daß mindestens 80 Prozent der am Orte anwesenden Berufspersonen organisiert seien müssen, wenn der paritätische Nachweis erfolgreich ein- und durchgeführt werden soll. Ganz verkehrt. Das wäre ja ein Grund, um nirgends einen paritätischen Nachweis einzuführen, denn wenn wir auch die 80 Prozent Gehilfen organisiert hätten, so hätten die Meister vielleicht erst 50 Prozent und dies würde zur erfolgreichen Einführung des Nachweises nicht genügen — und das will doch Herr Stolz sicherlich selbst nicht.

Was die Kommentierung über die Tarifbauer, deren Einführung und deren Geltungsbereich anbetrifft, so war diese noch mehr überflüssig, als der Kommentar zu dem bereits vereinbarten Vertragsmuster, denn was hier eingefügt wird, werden erst die nächsten Verhandlungen zeigen. Was die Schlußbestimmung über die Revision der bereits bestehenden Gegenleistung betrifft, so wird dies wohl Sache der einzelnen Orte sein. Wir begreifen zwar den Wunsch recht wohl, die Leistungen schnell nach der Stolz-Triole umzumodeln, denn die seinerzeit in München angenommene Qualitätsnorm wird den dortigen Herren schon lange nicht mehr passen. Wir wollen uns einer weiteren Kritik zunächst enthalten, sondern abwarten, was die nächsten Verhandlungen bringen, obwohl noch viele Stellen einer ernsten Kritik wert wären. Es wird dann immer noch an der Zeit sein, auf diesen Kommentar einzugehen.

Kommt der Tarif wirklich zustande und muß ein Kommentar dazu geschaffen werden, so werden wir dabei wohl noch ein Wörtchen mitzureden haben. Unseren Kollegen wird die Auslegung aber zeigen, welche Pläne die Arbeitgeber hegen und daß es strengste Pflicht der Kollegen ist, Solidarität und Disziplin zu üben, weil nur auf diese Weise die Angriffe und Verschlechterungsversuche erfolgreich abgewehrt werden können.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen nach der Statistik.

II.

Es wäre interessant, einmal festzustellen, ob die Preise der Meister in Deutschland ebenso große Unterschiede aufweisen, wie dies bei den Löhnen der Fall ist. Soweit wir feststellen könnten, ist in bezug auf Leistung der Unterschied sehr so gewaltiger. Auf jeden Fall können die Löhne in einzelnen Orten noch eine ganz erhebliche Steigerung vertragten, ohne daß dadurch das Handwerk irgendwelchen Schaden erleiden würde. Vergleichen wir das Ergebnis der Löhne nach Gruppen, so zeigt sich die in den drei Jahren eingetretene Lohnsteigerung noch deutlicher. Nach der Statistik von 1906 erhielten einen relativ niedrigen Stundenlohn von unter 40 Pf. 4758 Kollegen = 17,6 Proz. Im Jahre 1909 erhielten nur noch 2432 Befragte = 9,2 Proz. diese Lohnsätze. Allerdings ist diese Zahl immer

noch sehr hoch, nachdem wohl von keiner Seite beschränkt werden kann, daß es bei den heutigen Lebensmittelpreisen kaum möglich ist, mit einem derartigen Lohn überhaupt auszukommen. Die mittleren Löhne von 40–60 Pf. erhielten nach der Statistik von 1906 17 083 Kollegen = 63,1 Proz., während jetzt 17 643 Befragte = 66,3 Proz. diesen Lohn erhalten. Eine besondere Steigerung ist bei den relativ hohen Löhnen eingetreten. Diese Löhne erhielten 1906 5223 Kollegen = 19,3 Proz., nach unserer neuen Statistik 6507 Kollegen = 24,5 Proz. Über die Zusammensetzung der Löhne an den verschiedenen Orten und über die Verschiedenheit der Löhne für gewisse Landesteile ließen sich noch recht interessante Schlüsse ziehen. Bei passender Gelegenheit werden wir auf dieses Thema zurückkommen. Daß die Akkordarbeit in Fabrikbetrieben, bei täglich wiederkehrender gleicher Arbeit, eine erhebliche Rolle spielt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. So sind es wieder über die Hälfte der Lackierer, welche Akkordarbeit geleistet haben. Anders liegt es mit der Akkordarbeit im Bauernberufe. Hier haben nach der Statistik nur 986 Kollegen = 4 Proz. Akkord gearbeitet. Dies bedeutet gegen das Jahr 1906 eine unerhebliche Steigerung, nachdem 1906 3,6 Proz. Akkordarbeiter ermittelt wurden. Die Steigerung ist allerdings so unbedeutend, daß sich daraus keine Schlüsse ziehen lassen, um so weniger, als die Zahl der durchschnittlich geleisteten Wochen gegen 1906 zurückgegangen ist. 1906 wurden durchschnittlich von jedem Akkord arbeitenden Kollegen zwölf Wochen geleistet, während 1909 nur durchschnittlich neun Wochen auf den Akkordarbeiter kommen.

Über die Zuschläge bei Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gibt uns die Statistik folgenden Aufschluß: Für Überstunden werden durchschnittlich 10 Pf. oder 25 Proz. mehr bezahlt. Für Nachtarbeit 20 Pf. bzw. 50 Proz., für Sonntagsarbeit ebenfalls 20 Pf. bzw. 50 Proz., doch werden in beiden Fällen häufig auch bis 100 Proz. vergütet. Mehr als die Zuschläge selbst hat uns diesmal die Frage interessiert, wieviel Überzeitarbeit überhaupt geleistet wird, nachdem die Zuschläge ja für die meisten Kollegen tariflich festgesetzt sind und es mit an ihnen liegt, wenn sie die Bezahlung nicht fordern. Die Statistik zeigt nun, daß die Überzeitarbeit tatsächlich noch eine erhebliche Rolle im Berufe spielt und daß es wohl manchmal möglich wäre, diese Überzeitarbeit im Interesse der Verbesserung der Arbeitsgelegenheit für unsere Berufskollegen zu unterlassen. Wir würden damit dem häufig von den Arbeitgebern erhobenen Vorwurf am besten begegnen können, daß sich die Kollegen selbst zur Leistung von Überzeitarbeit anbieten. Nach der Statistik haben 1908/09. 4863 Kollegen = 17,9 Proz. zusammen 117 020 Überstunden gearbeitet, das sind durchschnittlich 25 Überstunden. Nachtarbeit wurde von 1832 Kollegen = 6,8 Proz. an 27 013 Stunden geleistet oder durchschnittlich 14 Stunden. Erheblich ist noch die Sonntagsarbeit, die von 4120 Kollegen = 15,3 Proz. geleistet wurde. Es wurden 71 458 Stunden gearbeitet oder durchschnittlich 17 Stunden von einem Kollegen. Das ergibt zusammen eine Überzeitarbeit von 215 491 Stunden, immerhin eine Ziffer, die zu Bedenken Anlaß gibt.

Die Frage nach Überlandarbeit war diesmal nicht gestellt, nachdem die präzise Beantwortung eine Reihe Nebenfragen bedingt, was den Fragebogen erheblich belastet hätte. Dafür wurden einige neue Fragen im Fragebogen aufgenommen, deren Beantwortung im Augenblick geboten war. So war es zunächst die Frage des Vertiefswechsels, über die einmal Klarheit geschaffen werden mußte. Unsere Statistik zeigt denn auch in dieser Frage ein recht betrübendes Bild. Wohl wußte man aus der Praxis, daß der Betriebswechsel recht häufig ist; aber daß er in solcher Weise in Erscheinung tritt, wie die Zusammenstellung zeigt, ließ sich nicht ahnen. Nach unserer Statistik waren es 1 2216 Kollegen = 45 Proz., die im Laufe des Jahres den Betrieb wechselten. Auch nicht einmal die Hälfte der Kollegen konnte für eine Saison beim gleichen Meister Beschäftigung erhalten. Man wird hier einwenden, daß die Kollegen schließlich selbst aufgehört haben; aber derartige Einwendungen von unseren Gegnern sind nicht ernst zu nehmen, nachdem man weiß, wie es gemacht wird, um einen Kollegen gerne dazu zu bewegen, daß er die Bude verläßt. Dabei sind die Fälle durchaus nicht selten, daß ein Kollege zwei, ja drei- und mehrmals den Unternehmer wechselt. Lassen wir die Zahlen selbst sprechen: 2988 = 24,5 Proz. haben den Betrieb einmal gewechselt, 2945 = 24,1 Proz. der Befragten haben den Betrieb zweimal gewechselt, 2661 = 21,8 Proz. haben den Betrieb dreimal gewechselt, 1499 = 12,3 Proz. viermal usw.; 110 Kollegen haben den Betrieb noch zehnmal gewechselt. Diese Zahlen sprechen eine herde Sprache für die Existenzunsicherheit unseres Berufes. Daß zwischen der Aufgabe der einen Stelle und dem Neuantritt einer neuen Beschäftigung gewöhnlich einige Tage, ja selbst Wochen Arbeitslosigkeit liegen, ist eine alte Tatsache. Der Beruf ist eben dank der qualifizierten Leistungen unserer Herren Meister so weit herunter gekommen, daß für alle Kollegen nicht genügend Arbeit vorhanden ist. Seit Jahren wiederholt es sich, daß selbst im Sommer die Reservearmee nicht aufgebraucht wird.

Es war auch wieder einmal an der Zeit, eine Umfrage über die Arbeitslosigkeit im Berufe zu veranstalten. Allerdings haben die Arbeitslosenzählungen in den Orten und Bezirken erfreuliche Fortschritte ge-

macht, so daß wir heute über diese jährlich wiederkehrende Plage ziemlich orientiert sind; immerhin war es, in Anbetracht der Arbeitslosenunterstützung, sowie in Hinsicht auf unsere Verhandlungen geboten, die Frage von neuem zu ventilieren. Sie bestätigte die alte Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit eine erschreckend große ist. 70,1 Proz. aller Befragten waren von 1908 bis 1909 arbeitslos, und zwar durchschnittlich 4,3 Tage. Nach Gruppen geteilt ergeben sich: bis 6 Wochen Arbeitslosigkeit 28 Proz., bis 11 Wochen 28,2 Proz., bis 16 Wochen 21,6 Proz., bis 20 Wochen 15,4 Proz. usw.; die gesamte Arbeitslosigkeit betrug für die 17 047 Kollegen 175 657 Wochen. Daß unter solchen Umständen ein geordneter Lebenswandel unserer Kollegen äußerst erschwert ist, bedarf keines weiteren Kommentars. Es gehört die ganze Kraft eines gesitteten Menschen dazu, sich alljährlich über solches Elend hinwegzuholzen. Solche Ziffern müssen dem Staate zu deinem Anlaß geben, denn die Not und Entbehrung, nicht nur für den Arbeitslosen selbst, sondern für dessen Weib und Kinder, die sich hinter diesen Ziffern verbirgt, kann nie geschildert werden. Abschließlich ist die beschädigte Klasse taub und blind gegen den artige Beweise von Massenelend und unsere Herren Arbeitgeber haben gewöhnlich nur Hohn übrig, in der Hoffnung, daß durch dieses Elend alle Solidarität der Gehilfen vernichtet wird. Daß die Kollegen versuchen müssen, sich über diese traurige Zeit so gut wie möglich hinwegzuholzen, versteht sich, und so finden wir eine ganze Anzahl Kollegen, die sich schon einen Beruf, wenn irgend möglich für die Wintermonate zugesetzt haben. Neben den Umfang dieser Tätigkeit außer Beruf sollte uns diesmal die Statistik gleichfalls Aufschluß geben.

Nach dieser Zusammenstellung haben 3200 Kollegen, das sind 13,1 Proz. der im Bauernberuf beschäftigten, außer Beruf gearbeitet, und zwar 32313 Wochen im Jahre. Durchschnittlich kommen auf einen außer Beruf tätigen Kollegen 10,1 Wochen. Auf allen Gebieten, wo sich irgendwie eine Arbeit erhalten ließ, versuchten die Kollegen ihr Glück. Leider häufig erfolglos, wie die Spezialtabelle erkennen läßt, denn oft dauert die Probearbeit kaum einige Tage. Es will eben alles gelernt sein. Im Gegenab davon finden wir Kollegen, die alljährlich in einen bestimmten Winterberuf zurückkehren. Um häufigsten sind natürlich jene Berufe vertreten, bei denen eine leichte Erlernbarkeit vorliegt, denn nur hier ist es bei einiger Übung möglich, dem Arbeitgeber sofort Profit zu verschaffen. Der Kapitalismus kann eben nur Arbeitskräfte brauchen, aus denen sich Mehrwert herausschölen läßt. Mit dem Erlernen oder Ausbilden will sich kein Unternehmer abgeben, er braucht dies auch nicht, weil auf allen Gebieten Kräfte genug zur Verfügung stehen. Das wissen unsere Kollegen zwar zur Genüge, aber die Not treibt sie immer wieder zu Versuchen, dauernde Beschäftigung zu erhalten.

Eine weitere Frage war durch unsere Statistik erfaßt, und zwar die Wohnungsentfernung vom Arbeitsorte. Die Antworten, die auf diese Frage gegeben wurden, sind zwar recht mangelhaft, voraussichtlich dadurch, daß die Kollegen der Auffassung waren, daß die Frage nur für jene Kollegen gestellt war, die außerhalb des Arbeitsortes wohnen. Dies war indes nicht gedacht, sondern es sollten alle Kollegen die täglich durchschnittlich von und zur Arbeit erforderliche Zeit angeben. Es ist eine unerträgliche Tatsache, daß durch die Ausdehnung insbesondere der Großstädte in den letzten 20 Jahren die Entfernung vom Arbeitsorte sich erheblich vergrößert haben, daß selbst dann, wenn ein Kollege im Zentrum der Stadt wohnt, täglich stundenweise Wege zur Arbeit zurückgelegt werden müssen, nachdem es in unserem Berufe mit dem häufigen Wechsel der Arbeitsstelle nicht möglich ist, sich mit der Wohnung danach zu richten. An diese Ausdehnung könnte früher wohl nicht gedacht werden, es war selbst in den größten Städten möglich, innerhalb einer Stunde von einem Ende zum anderen zu laufen; außerdem war die Konkurrenz der Unternehmer noch keine so große, so daß die Hauptarbeit des betreffenden Meisters sich gewöhnlich in dem betreffenden Stadtteil befand, in dem die Werkstatt war. All das hat sich geändert und haben wir heute die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kollegen trotz der verkürzten Arbeitszeit länger unterwegs sind, als dies früher bei zehn- oder elfstündiger Arbeitszeit der Fall war. Die traurigen Existenzbedingungen des Berufes zwingen die Kollegen außerdem noch, die billigsten Wohnungen an der Peripherie der Orte oder auf dem Lande zu beziehen, wodurch sich das Verhältnis noch verschlechtert. Unsere Statistik ermittelt, daß der wöchentliche Mehrzeitaufwand 48 813 Stunden beträgt. Angaben über diese Frage haben 4890 Kollegen = 16,2 Proz. der Befragten gemacht und kommen durchschnittlich auf den Kollegen 11 Stunden pro Woche.

So sehen wir, daß eine Reihe Nebenumstände die ohnehin ungünstige Berufslage noch verschlechtern und daß es noch großer Anstrengung der Organisation bedarf, in all diesen Fragen Wandel zu schaffen. Erkenntnis der Dinge ist aber die erste Vorbereitung zur Besserung. In dieser Beziehung bietet uns die Statistik wieder neues Material und wollen wir nur wünschen, daß sich die Kollegen allerorts mit dem Ergebnis beschäftigen, Vergleiche anstellen und versuchen, die erkannten Nebenumstände nach Kräften zu bekämpfen.

Die preußische Regierung als Helferin der Scharfmacher.

Die preußische Regierung stärkt die Scharfmacherorganisationen, das ist die neueste Leistung preußischer Regierungskunst. Hatte sie bisher den rechtlich einwandfreien Grundsatzen verfochten, daß sich Innungen den Unternehmerverbänden nicht anschließen dürfen, so hat der gegenwärtige preußische Handelsminister Sydow damit gebrochen, indem er in einem vor kurzem ergangenen Erlass erklärt, daß den Innungen der Beitritt zu diesen Verbänden gestattet sei. Dieser Erlass steht im direkten Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung, die in ihrem § 81 a, Biff 2 als Aufgabe der Innungen ausdrücklich bezeichnet die „Förderung eines geistlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“. Um nun um diese gesetzliche Klippe herumzutunnen, unternimmt der preußische Handelsminister geradezu groteske Manöver. Der Mann, der die sozialen Vorgänge doch wenigstens einigermaßen kennen soll, behauptet nämlich, daß sich „ein großer Teil der Unternehmerverbände aus Kampforganisationen mehr und mehr zu Organisationen umgestaltet“ habe, die „in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Arbeitnehmer die zwischen diesen und den Arbeitgebern bestehenden Interessengegensätze auszugleichen und dazu beizutragen bemüht sind, daß an Stelle des Kampfes ein auf gerechter Grundlage beruhendes friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu stanze kommt.“

Das wird in dem Augenblick gesagt, da die Arbeiter im Bauhandwerk, die Holzarbeiter, die Maler usw. in den heftigsten Tarifkämpfen stehen, da die Bechenscharfmacher die Zwangsarbeitsnachweise einführen, da die Metallindustriellen die Arbeiter mit schwarzen Listen durch das Land hetzen und mit allem Eifer die gelben Sumpfpflanzen züchten. Sollten diese Vorgänge einem preußischen Handelsminister denn vollständig unbekannt sein?

Die frühere Aussöhnung des Handelsministeriums, die in einem Erlass des Ministers Möller vom 20. Januar 1903 zum Ausdruck kam, sah sehr richtig auf dem oben angezogenen § 81 a, Biff. 2 der Gewerbe-Ordnung. In dem Erlass war gesagt, daß eine Schneiderinrichtung nicht dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe betreten dürfe, weil aus dessen Statuten klar hervorgehe, daß er „ein Kampfverein gegenüber der Organisation der Arbeitnehmer“ sei. Ein Beitritt zu diesem Verband widerspreche also der Förderung eines geistlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen. Die Unternehmerverbände haben sich seitdem aber um kein Vota nach der Richtung geändert, die Sydow feststellen zu können vermeint. Im Gegenteil haben sie alle ihre Kampfstellungen gegen die Arbeiterschaft schroffer hergehoben denn je. Man braucht nur die Tarifentwürfe anzusehen, die den Malern, den Maurern, den Zimmerern und Bauarbeitern vorgelegt worden sind, braucht an die brutale Gewaltspolitik der übrigen Scharfmacherverbände zu erinnern, um sich klar zu sein, daß von einem „Ausgleich der Interessengegensätze“ von einem „friedlichen Zusammensetzen“ gar keine Rede sein kann. Die Unternehmerverbände haben auch gar nicht die Absicht der friedlichen Arbeit und des Ausgleichs. Sie befennen sich doch selbst als Kampforganisationen den Gewerkschaften gegenüber. Nur diktionieren wollen sie, der Herr-im-Haus-Standpunkt ist ihr Ideal. Das ist der Zweck ihres Zusammenschlusses in Zentralverbänden. Um dies Ziel zu erreichen, brauchen sie aber ein geschlossenes Unternehmertum, brauchen sie Organisationen, in denen die Großen auch die kleinen am Zügel haben, die kleinen, die jetzt in den Innungen noch manchmal aus der Reihe tanzen. Und deshalb müssen die Innungen die Scharfmacherorganisationen. Für den Deutschen Malerbund dürfte der Erlass noch gerade passend im letzten Augenblick gekommen sein.

Hierbei kommt für uns aber eine Frage in Betracht, die während der letzten Tarifverhandlungen schon eine Rolle spielte, aber nicht zur Entscheidung kam, durch den Erlass des preußischen Handelsministeriums vom 27. Oktober d. J. jedoch wieder aktuell geworden ist. Sie betrifft den Beschluß der Hamburger Malerzwangsinnung, nur solche Gehilfen fortan einzustellen, die der Innungskrankasse angehören oder ihr beitreten. Die Mitglieder dieser Zwangsinnung sind auch infolge der eigenartigen Beitragserhebung zugleich Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Der Obermeister der Innung ist auch der angestellte Leiter des Arbeitgeberverbandes. Nun ist zweifellos der vorjährige Beschluß der Hamburger Malerinnung, der während der Dauer des Tarifvertrages in einerseitiger Weise eine so einschneidende Bestimmung traf, ein flaganter Tarifbruch. Bissher konnte der Herr Obermeister auf alle berechtigten Anklagen die stereotyp Antwort geben: „Diese Angelegenheit ist von gar keinem allgemeinen, sondern von rein örtlichem Interesse, von Interesse lediglich für die Zwangsinnung im Maler- und Lackierer gewerbe in Hamburg, die mit dem Arbeitgeberverband absolut nichts zu tun hat.“ Mit dieser Zwecksetzungtheorie können sich aber unsere Kollegen nicht zufrieden geben, da der gleiche Herr als Obermeister der Innung etwas gutheißen und ausführen kann, wozu er als Mitglied des Arbeitgeberverbandes nicht berechtigt ist. Wir aber müssen darauf bestehen, daß, wenn wir einen Vertrag mit dem Arbeitgeberverband abschließen, die Einstellung der Gehilfen nicht von Sonderbestimmungen abhängig gemacht wird, die die Arbeitgeber als „Innungsmitglieder“ beschließen. Auch die Herren Unparteiischen geben zu verstehen, daß die Frage geregelt werden müsse. Sie halten die Frage „weniger für eine Streitfrage aus der Gewerbeordnung, als für eine Frage aus dem Tarifrecht. Eigentümliche Kombinationen ergäben sich hier insofern, als die freien Arbeitgeberverbände und die Innungen im Effekt sich sehr bekämpfen könnten. Wenn die Auschauung konsequent richtig sei, die von Hamburg vorgetragen wurde, so hätte es die Zwangsinnung jederzeit in der Hand, alle Bestimmungen des Tarifvertrages illusorisch zu machen. Das zeigt, daß derartige Gebilde nebeneinander schwer bestehen können.“

Nun ist es zwar eigentlich, daß führende Personen des Arbeitgeberverbandes mit aller Schärfe so oft ihre Missstimmung gegen Innungen, besonders gegen den deutschen Innungsverband, den Malerbund, verlaufen lassen, in eigner Person aber selbst noch eingerückte „In-

nings“-anhänger sind, denen der wohlbestallte Obermeisterposten ein erstrebenswertes Ziel ist. Mit diesem Versteckspiel muß endlich aufgeräumt werden, nachdem die Innungen den Arbeitgeberverbänden beitreten können. Mit ihrem Beitritt sind die Innungsmitglieder ebensogut Tarifkontrahent wie die Arbeitgeberverbandsmitglieder und verpflichtet, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. Das muß klipp und klar festgestellt werden.

Die Scharfmacher und Kapitalproßen rüsten zu den Wahlen.

II.

Am Schlusse seines Referats richtete Herr Bueck einen scharfen Angriff gegen den „Götz“, dem zu liebe man die Masse umschmeiche und die Industrie als Aschenbrödel behandle. Dieser Götz ist bekanntlich das allgemeine Wahlrecht bei dem eben die Masse den Ausdruck gibt und man kann es wohl verstehen, daß die Herren Proßen von einem solchen Wahlrecht nicht gerade sehr erbaut sind. Dann sah die Diskussion ein.

Als erster Redner trat der Kommerzienrat Menck-Alstora, der geniale Erfinder des Aussperrungssystems nach dem Alpe, auf und sprach: „Das endliche Ziel ist die volle Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Und dieses Ziel glaube ich, werden wir auch erreichen. In der Praxis ist die Einigung oft leichter als in der Theorie. Es wird infolge des Kartells in der zweiten Hälfte dieses Monats zum ersten Male eine Arbeitsnachweiskonferenz abgehalten werden, gemeinsam von der Hauptstelle und vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände, die alle Sekretäre dieser beiden Verbände vereinigen wird. Wir hoffen, daß alle organisierten Arbeitgeber in nicht allzu langer Zeit sich im Wege einer Arbeitsnachweise befinden werden. Ebenso soll auch das Streitunterstützungswesen in gemeinsamer Arbeit gefördert werden. Der Zentralverband ist leider im Hansabund in der Minderheit, darum muß er einen eigenen Wahlfonds gründen, wenn auch der Wahlfonds des Hansabundes dauernd geteilt wird. Etwa 100 Wahlkreise kommen für unsre Unterstützung in Betracht. Dabei müssen wir jede Einseitigkeit vermeiden, da wir auf die Weihsel aller Parteien angewiesen sind, auch der Partei des Zentrums, das dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen keine Partei übergehen, wenn wir in den Parlamenten, besonders im Reichstag, eine angemessene Vertretung finden wollen. Trotz allem wird ja die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen wohl ihre hundert Mandate bekommen!“

Nun leiterte der Antimoralist Dr. Tille, der Scharfmacherkult aus Saarabien, auf die Tribüne und verzapfte seine moralinfreie Weisheit. „Weder die Sozialdemokratie“, so sprach er, „noch die Landwirtschaft sind unsre gefährlichsten politischen Gegner, das ist vielleicht das Beamenium, das die Mehrheit im Reichstag hat und dessen Theorie mit allen möglichen sozialistischen und klassenmoralistischen Wünschen durchdrungen ist. Auch der Hansabund liebäugelt mit diesem Beamenium, ihm ist daher nicht unbedingt zu trauen. Sorgen Sie dafür, daß in diese Organisation nicht noch Redner hineinkommen, die uns auch noch diejenigen Teile des Gewerbe und Handelsstandes verderben, die heute noch nicht verderben sind. Um 297 Wahlkreise zu bearbeiten, müßten wir 8000 Agitationsträger haben, die von 200 Lehrkräften ausgebildet werden müßten. Von den Universitätsstädten dürfen wir nichts erwarten. Bei der heutigen Verunkreuthheit der akademischen Wissenschaft in klassenmoralistischen Tendenzen ist nicht daran zu denken, daß irgend eine akademische Lehramtsfalt ähnlich für uns leisten könnte. Das hat ja der Fall an der Universität Leipzig in den letzten Tagen bewiesen; da kann uns nur die Schaffung einer eigenen Akademie helfen, wenn wir den geistigen Kampf aufnehmen wollen gegen den ganzen Unfug des Marxismus, des Katholizismus, des Staatssozialismus und wie alle die Ismen heißen, die heute dem Handels- und Gewerbestande so unendlichen Schaden zufügen. Das wird im Jahre mindestens eine halbe Million verschlingen.“

Aber die deutsche Industrie ist zweifellos in der Lage, etwas Derartiges zu machen, und der Zentralverband deutscher Industrieller ist die einzige Stelle, in deren Hände man diese große Sache beruhigt legen kann. Natürlich dürfte eine solche Anstalt nicht in einer Universitätsstadt oder an Orte einer Handelshochschule liegen, sondern z. B. in Düsseldorf, wo eine Beeinflussung durch akademische Lehrer anderer Richtungen im persönlichen Bereich ausgeschlossen ist. Ich kann Herrn Bueck nicht recht geben, wenn er meint, daß in der Frage der Sozialpolitik unter uns tiefer Spaltungen beständen. Wenn sich ein einzelner Verband unter einem KlassenlohnTarif hat pressen lassen und nachher, solange er der Not gehorcht, diesen Standpunkt verteidigt, so ist das keine Nebenfrage, da mögen Leute ein klein bisschen stärker klassenmoralistisch angekratzt sein und andre weniger, aber im Grunde ist das ganze Unternehmertum einig.“

Auch ein Geheimer Oberfinanzrat Müller-Berlin kramte seine Wissenschaft aus: „Von der Bildung einer Arbeitgeberpartei kann ich mir keinen Erfolg versprechen; denn, wenn es politisch bei uns nach der Wahl nach der Majorität der Stimmen geht, so hat von allen Ständen am allerwenigsten Chancen, eine Majorität zu erlangen, das gewerbliche Unternehmertum. Ich schlage vor, in unserem Programm statt „national gesünnte Parteien“ zu sagen „bürgerliche Parteien“. Gegen das Zentrum ist doch kein Kampf möglich. Was hat es da für einen Zweck, das Zentrum dadurch, daß man es hier aus der Reihe der national gesünnten Parteien streicht, zu reißen und besonders gegen sie einzunehmen. Wie die Sachen liegen, ist bei der größten Diskretion, die ich ja natürlich hier unter uns voraussehe, doch keine Möglichkeit gegeben, so etwas der Öffentlichkeit vorzuhalten. Es wird in irgend einer Art doch bekannt. Eine ganze Menge katholischer Arbeitgeber gehört der ultramontanen Partei an. Ich könnte mir keine zweitmögliche Verwendung unserer Mittel denken, als wenn es gelänge, auf unsern in wirtschaftlichen Boden stehende katholische Arbeitgeber ins Zentrum wachsen zu lassen. Wenn im Zentrum ein Gegengewicht geschaffen würde gegen Herrn Müller-Gulda oder Herrn Erzberger, so könnte das doch vielleicht einen gewissen Erfolg haben.“

Wenn ich mir beispielweise denke, daß wir Mittel aufwenden, um einen Gefüningsgenosse des Grafen Wallerstrem wieder zu einem Zentrumssitz zu verhelfen gegen einen sozialistisch angehauchten Polacken, so wäre das ein Erfolg, wie er besser nicht zu wünschen wäre. Es ist hier auch vom Hansabund die Rede gewesen und davon, daß der Zentralverband in der Minorität ist. Ich habe der Gründung des Hansabundes ziemlich nahe gestanden und habe nicht den Eindruck gewonnen, daß das richtig ist. Selbstverständlich wird man in einzelnen Kreisen, die dazu geeignet sind, weit fortgeschritten liberale Kandidaten unterstützen und wird in anderen Kreisen konservative Kandidaten unterstützen. Allerdings sehe ich voraus, daß im Hansabund die Unterstützung der einen oder andern konservativen Kandidatur Schwierigkeiten machen kann, und da begrüße ich es als einen Vorzug dieses getrennten Marthierens, daß hier im Zentralverband die geeignete Stelle ist, um das ohne Hindernisse machen zu können, und ich glaube, der Hansabund wird das gar nicht ablehnen. Unsre Aufgabe muß sein, auch innerhalb der konservativen Partei Berater unserer Pläne zu gewinnen. Es liegt ja nicht überall am bösen Willen, sondern an der mangelnden Kenntnis und Einsicht. Wie weit dieser Mangel an Kenntnis geht, das braucht man niemand zu sagen, der Gelegenheit hatte, auch mit unsren Ministerien zu verhandeln. Wie viele vortragende Räte sind da, die keine Ahnung hatten von unsren industriellen Interessen. Wie viele Minister sind da, die zunächst den Fragen ratlos gegenüberstehen? Wie können wir uns wundern, daß ein pommerscher oder ostpreußischer Besitzer sich in unsre Verhältnisse und Interessen nicht hineinfinden kann? Wenn da ein paar Leute sind, die Vertrauen genießen, weil sie sich politisch zu ihnen rechnen, werden sie eine sehr heilsame Wirkung entfalten können.“

Hüttenbesitzer v. Bopelius-Gulzbach, Mitglied des Herrenhauses: „Meine Herren, Geheimrat Müller hat eine Ausführung gemacht, die ich vollständig unterschreibe. Er schlägt vor, statt „national gesünnte Parteien“ zu sagen „bürgerliche Parteien“. Seine Ausführungen waren außerordentlich treffend. Ich möchte Ihnen dabei mitteilen, was mir persönlich vor zwei Jahren passierte. Als der Herr Reichskanzler Fürst Bülow mit mir wegen des Wahlfonds gesprochen hat, gab er ein Programm heraus, das sich gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum richtete, und da sagte ich: Durchaus nicht, das kann ich nicht machen; gegen die Sozialdemokratie selbstverständlich, aber gegen das Zentrum geht das nicht. Der Zentralverband ist keine politische Partei, sondern er ist lediglich eine Partei zur wirtschaftlichen Interessenvertretung und dann eine Partei gegen die Sozialdemokratie. Unter den großen Industriellen sind so viel Katholiken, welche wir nicht auf diese Weise vor den Kopf stoßen dürfen.“

Syndikus Dr. Mocke-Hannover: „Die hannoversche Industrie fühlt sich in den letzten Jahren von der dort herrschenden bürgerlichen Partei vernachlässigt und grundlich verletzt. Man hat bei der Aufstellung der Kandidaturen auf uns keine Rücksicht genommen, sondern uns bedeutet, daß man sich nicht in Abhängigkeit von der Industrie begeben könnte. In die Abhängigkeit des Bundes der Landwirte der Beamten, der Arbeiter begibt man sich, die angebliche Abhängigkeit von der Industrie scheut man. Deswegen haben auch unsre Industriellen gesagt: Wir können zurzeit mit der Menge der Stimmen nichts ausrichten innerhalb einer Partei, wohl aber werden wir unser Gewicht in die Waagschale werfen können, wenn man immer und immer wieder, wo Not am Mann ist, an die finanzielle Opferwilligkeit der Industrie appelliert; unsre Industrie begibt ja den größten Teil der Kosten der Wahlen, nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Provinz Hannover. Darum begrüßen wir das Vorgehen des Zentralverbandes, durch das unsre Bewegung an Stoffkraft gewinnen wird. Schon das Bekanntwerden dieser Tatsache wird die massgebenden Parteien eröbern und etwas gefügiger machen. In unserem Programm möchte ich die Worte „im Sinne des Zentralverbandes“ durch andere Worte ersetzen, z. B. durch die Worte „im Sinne des Schutzes heimischer Arbeit unter Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebertums“. Ob es klug gehandelt wäre, die ganze Sache ausschließlich unter die Flagge des Zentralverbandes zu stellen, ist mir fraglich.“

Und noch einmal redete die kommerziell-rechtliche Leuchte von Alstora: „Meine Herren, die interessanteste Aussführung des Herrn Geheimrats Müller war ohne Zweifel die, daß es nicht zu erwarten ist, daß ein anderer als ein liberaler Kandidat vom Hansabund unterstützt wird. Es ist schon vorhin mehrfach gestreift worden, daß es außerordentlich töricht wäre, wenn man nicht suchen wollte, Interessenten aus Industriekreisen ins Zentrum zu bringen. Wenn die Industrie sich darauf verteilen würde, ihr Heil nur beim Liberalismus zu suchen, würde sie stets auf der Verlustseite liegen.“

Nachdem der Berichterstatter Bueck-Berlin in seinem Schlusswort versichert, es sei ihm nicht eingefallen, durch die Wahl des Ausdrucks „national gesünnte Parteien“ das Zentrum auszuschließen oder verleben zu wollen, er sei mit der Erziehung dieser antiken Ausdrucks durch den Ausdruck „Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien“ einverstanden, werden die Leitsätze über die „Bildung eines industriellen Wahlfonds“ angenommen.

Wir ersuchen unsre Kollegen, die Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner aufmerksam zu lesen und gründlich zu durchdenken. Es handelt sich ja um nichts Geringeres, als um einen großzügigen Versuch, den Wahlkampf zu vergiften und das Wahlrecht zu fälschen. Unter der Flagge irgendeiner Partei sollen die Schildknappen und Söldlinge des Kapitalproletariats als „Volksvertreter“ ins Parlament einzehen. Nach außen hin werden diese „Wählten des deutschen Volkes“ den Unabhängigen markieren und mit ihren warmen Herzen für das Volk herum renomieren, in Wirklichkeit aber freßen sie aus der Futterkrippe der Scharfmacher und lassen der Volksberaubung und der Arbeiterschließung vorüber. Also aufgepaßt im nächsten Wahlgang! Uns werden diese Leute keinen blauen Dunst vor machen, was aber werden die ultramontanen und freisinnigen Arbeiter dazu sagen?“

Tabellarische Übersicht über die Einnahme und Ausgabe sämtlicher Filialen für das 3. Quartal 1909.

ma . |995| |95|282306|—|5367|50|54|50|767|15|22129|50|2105|—|32|30|1585|45|325299|35|1269|04|4429|35|188

© Guadalupe, June 2, 2014

Digitized by srujanika@gmail.com

Einnahme:	
Für Beiträge	M 283.306.—
" Eintrittsgelder	5 367.50
" Duplicate	54.50
" Kalender und Broschüren	767.15
" Extramatrizen	22 129.50
" sonstige Einnahmen in den Filialen	32.30
" Zinsen	4 142.25
" sonstige Einnahme der Hauptkasse	10.05
<hr/>	
Wesentliche Einnahmen	M 215.900.25

Digitized by srujanika@gmail.com

Ausgabe:	
Agitation und Konferenzen vom Vorstand	M 1 290,90
An die Agitationskommissionen	" 9 100,—
Vereins-Anzeiger	" 11 766,37
Davida	" 100,82
An die streifenden Schweden	" 3 000,—
Streichunterstützung im Beruf	" 4 429,35
Krankenunterstützung	" 18 822,65
Reiseunterstützung	" 18,60
Gehäusunterstützung	" 3 740,—
Gemäßregelamunterstützung	" 934,30
Rechtsschutz	" 57,81
Gehälter der Zillolsangestellten	" 17 431,80
Reichsheitigabeträge der Zillolsangestellten	" 265,16

Die Durchführung des Bleiweissgesetzes im Maler- gewerbe zu Berlin

Wie in den letzten Jahren schon, hat auch für das laufende Jahr unsere Berliner Filiale im Frühjahr und im Herbst Feststellungen zum Zwecke der Haushaltung der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905 betreffs der Verarbeitung von Bleihaltigen Farben vorgenommen. Das gewonnene Material ist wiederum ein treffender Beweis dafür, daß die Arbeitgeber zum großen Teil sich den Teufel um die gesetzlichen Bestimmungen scheren, wenn sie ihnen Geldosten oder

In den Filialen verblieben für Beiträge und
Gewinnabzüge

	M	94 391.10
Eintrittsgelder		
Sonstige Ausgaben in den Filialen	"	10.—
Verlust durch Auflösung	"	58.49
Weitrag an die Generalkommission	"	1 400.—
Gehälter der Vorstandesmitglieder	"	2 087.50
Hilfsarbeiter	"	1 500.—
Vorstand und Revisoren	"	130.—
Versicherung der im Hauptbüro Beschäft.	"	71.16
Anträge für die Tarifverhandlung	"	612.70
Mitgliedsbücher	"	1 228.—
Beitragsmarken	"	525.50
Sonstige Drucksachen	"	478.45
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung des Büros	"	425.81
Kosten für die Tarifämter	"	98.75
Fernsprecher	"	28.50
Feuerversicherung	"	5.60
Schreibmaterial und Utensilien	"	295.70
Porto	"	289.36
Diverse Ausgaben	"	224.20

Gesamtausgabe, M 174 918.5

Bilanz

Einnahme	M 315 809.25
Ausgabe	" 174 918.58

Ergibt einen Überschuss im 3. Quartal. M 140 890.67

den Nebenumständen, um den Kollegen die gesetzlichen Bestimmungen nicht teilhaftig werden zu lassen resp. daß sie auf dieselben verzichten, treten bei der diesjährigen Aufnahme ebenfalls wieder deutlich zutage. Der bekannte sanfste Druck mit dem Hinweis auf die Entlassung, verbunden mit einer schikanösen Behandlung, tun das ihrige, damit die Berufskollegen auf die strikte Einhaltung der erwähnten Vorschrift „verzichten“. So ist es denn auch erklärlich, daß neben der Tüldung der Nichteinhaltung der minimalen Schutzbestimmungen die Kollegen auf sieben Arbeitsstellen mit 54 Beschäftigten ihre eigenen handfester und Magelbüster ohne jegliche Entschädigung ben-

der und jedem Bürger ohne jegliche Einschränkung den
Bemühten zur Verfügung stellen.

Abschaltung über den „Vereins-Anzeiger“ nun 3. Quartal 1909.

S. J. N. & S. H. W.

G in n a h m e:	
Von der Hauptkasse	W 11 766.37
Für Abonnement	" 278.76
Mittungen	" 264.30

January 14 1980 9:30

• 10 •

Ausgabe:	
Druck, Salz und Papier	M 7 999.20
Expedition	2 289.93
Mitarbeiter	580.27
Gehälter	1.287.50
Ver sicherungsbeiträge	18.—
Zeitungsbonnement	20.48
Miete	100.—

10. *Leucosia* *leucostoma* *leucostoma* *leucostoma*

Revidiert und richtig befindet

Hamburg, 28. November 1909.
J. Heim, Sekretär. W. Löbler, Vorsteher.

S. S. Bulle, Wilhelm Lassen, Revisoren.

ständen durch Gewährung einer Abslösung — meistenteils in der wöchentlichen Höhe von 5 bis 10 Pf. — zu entledigen, findet mehr und mehr Anflang bei den Unternehmern. Wir stellten fest, daß auf 18 Bauten mit 107 Beschäftigten dieses „Abslösungssystem“ vorherrschend war. Dieses Verfahren wird selbst von der Behörde genehmigt. So findet der Amtsvorsteher von Steglitz keinen Anlaß zum Einschreiten vor, weil „ein strafbares Ver schulden somit nicht vorliegt.“ Unseres Erachtens wird dadurch der eventuelle Erfolg der angezogenen Verordnung zum Teil in Frage gestellt, wie wenn auch durch den Umstand, daß die Unternehmer sich weigern, eine periodische Mautwechselung der

lassen, der ganze Erfolg der Verordnung in Frage gestellt wird.

Auf sechs Arbeitsstellen konnte noch konstatiert werden, daß die Unternehmer sich weniger ehrten, sämtlichen 34 dort Beschäftigten je ein Handtuch bzw. eine Bürste zu liefern. In sehr vielen Fällen wird die Gewährung der gesetzlich vorgeschriebenen Utensilien von der Hinterlegung eines Pfandes abhängig gemacht, das gewöhnlich sich in der Höhe von 50 Pf. bis 1 Met. bewegt. Wo in der Statistik die Waschgelegenheit als "mangelhaft" bezeichnet ist, ist zu bemerken, daß ein Wahlheimer, ohne Erneuerung des Wassers, von 6, 7, 8, 9, 10, 12, ja sogar von 14 Personen benutzt wurde. Eine Aufsichtsbehörde, die Polizeiverwaltung von Kleinendorf, stellte als allägige Norm für die Benutzung eines Eimers drei Personen, unter der Einweiterung, daß das Wasser bei jeder Pause und am Feierabend zu erneuern sei, und außerdem noch ein Gefäß zum Waschen des Gesichts vorhanden sein müsse, fest. Dieser Zustand ist fast ausschließlich nirgends anzutreffen gewesen.

In einer überaus großen Zahl von Eingaben haben wir die Aufsichtsbehörden von der Unhaltbarkeit der Situation in Kenntnis gesetzt, jedoch in den meisten Fällen haben die unteren Organe, die in erster Linie für die Beaufsichtigung in Frage kommen, kein Verständnis dieser Sachlage entgegengebracht resp. entgegenbringen können. Die Zahl der Anzeigen in dieser Materie hat während der Monate September und Oktober die Zahl von 80 überschritten.

Erwähnt sei noch, daß auf unsere Veranlassung hin kürzlich die Baudeputation des Magistrats zu Berlin die Ausschaltung des Bleiweisses bei städtischen Bauten beschlossen hat.

Bei anderen Körperschaften der Gemeinden Groß-Berlins, z. B. der Stadt Schöneberg, Charlottenburg und Niedorf, ist diese Frage noch Gegenstand der Erörterung. Das erfreuliche Vorgehen der Stadtgemeinde Berlin hat — wie vorauszusehen war — die ganzen Farbeninteressen auf dem Blaue erscheinen lassen. Die Berliner Handelskammer gelangte unter dem 18. Oktober d. J. zu der Stellungnahme: „Die Bestimmungen des Bleiwerksblattes „Lavidares“ zu fassen, es noch einmal durchüberarbeiten, um es vielleicht noch praktischer zu gestalten (Vereins-Anzeiger Nr. 44, Seite 346). Der gewünschte Erfolg, die Bleivergiftung durch eine derartige „Reform“ einzudämmen, muß von vornherein verneint werden.

	Zahl der kontrollierten Arbeitsstellen	Zahl der Beschäftigten	Der Umkleideraum wurde auch als Farbenbude benutzt		Arbeitsstellen Personen
			Arbeitsstellen	Personen	
	1909 1. Kontrolle	*257	1485	22	145
1909 2. Kontrolle	**362	2073	15	53	
			Waschgelegenheit war	Büsten waren vorhanden	Handtücher waren vorhanden
			nicht vorhanden	mangelhaft	nicht vorhanden
			Arbeitsstellen	Arbeitsstellen	Arbeitsstellen
			Perf.	Perf.	Perf.
1909 1. Kontrolle	3	34	4	102	86 465
1909 2. Kontrolle	2	18	10	88	115 683

* 2 größere Privatarbeiter und 265 Bauten.

** 4 größere Privatarbeiter und 258 Bauten.

Versammlungsberichte.

Osnabrück. In der November-Generalversammlung der Innungskrankenkasse wurden in den Vorstand gewählt unsre Kollegen: Schneider, 2. Vorsitzender; Lange, Beisitzer; Günzner, 1. Schriftführer; Cord-Landwehr, 2. Schriftführer; Beinemann, Kratz und Hörmannsmeier, Kontrolleur, Wolf, Dr. Schumacher, Revisoren. — Unsre letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich des näheren mit der Werkstatt Bahlmann, in der es durch das rigorose Vorgehen B. gegenüber einem Kollegen, der einen Stundenlohn von 45 Pf. forderte und dem B. nur 39 Pf. zahlten wollte, zu Differenzen kam. Etwa dureisende Kollegen werden erachtet, auf den Hut zu sein. Den bietigen Kollegen aber, von denen leider immer noch ein Teil uns fernsteht, kann nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, in unsrer Filiale fest zusammenzustehen und die Versammlungen stets zahlreich zu besuchen. Nur so wird es möglich sein, allen frivolon Übergriffen des Unternehmers energisch mit Erfolg entgegenzutreten.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Scharfmacherwünse. In der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" unterbreitet Freiherr von Neißwitz dem Reichstag bei dessen Wiedereröffnung allerlei Wünsche, die aber in dem einen Wunsche zusammenklingen: "Schlussumbeuterium gegen die Bestrebungen der organisierten Arbeiter!" Ganz poetisch beginnt der Scharfmacherhäuptling: "Zum Werke, das wir ernst bereiten, geziemt sich wohl ein ernstes Wort! Wer wollte leugnen, daß die kommende Zeit uns Ereignisse zu beschaffen vermöge, deren Tragweite sich von vornherein in keiner Weise übersehen läßt? Niemals in der Welt ein fiebhaftes Hasten und Jagen nach neuen Formen des sozialen Lebens, ein politisches Draufgängerum derer, die sich aus der ewigen Unzufriedenheit der Erdbewohner Waffen schmieden zur Vernichtung der von ihnen um ihre blühende Führerschaft Befeuerten, ein trockiges Aufbauen gegen Tradition und Autorität. Und allüberall der gleiche Mangel an übertragenden Persönlichkeiten, die kraft ihrer besseren Einsicht dazu berufen wären, die Entwicklung in normale Bahnen zu leiten. Sind das in Wahrheit die Wehen, die die Geburtsstunde einer neuen Gestaltung der Dinge sinden? Vermessen wäre es, abzuleugnen zu wollen, daß an dem uns überkommenen so manches Verbesserungsbefürchtig ist. Wer aber dem Geist der Zeit, in der wir leben, als ehrlicher Mann gerecht zu werden sucht, der wird auch zugestehen müssen, daß die kulturelle Entwicklung der Menschheit sich niemals sprunghaft vollziehen kann, sondern daß, sofern der Wahrscheinlichkeit schwerer Rückschlüsse vorgebeugt werden soll, der Vogel der Tatsachen Rechnung getragen und bedecktigem Entwirren der natürlichen Interessenkonflikte

Arbeitslosen-Statistik aus dem 2. Bezirk für den Monat Oktober 1909.

Filiale	Zahl der Mitglieder	Zahl der Befragten	Zahl der Arbeitslosen			Zahl der Berufe	Zahl der Tage wegen	Zahl der Tage auf pro Kopf			Lohnverlust		
			Zahl der Arbeitsmangel	Zahl der Witterungs- einfluß	Zahl der Grenzlosigkeit			der Befragten	der Berufe	Zahl der Tage wegen	der Befragten	der Berufe	Zahl der Tage wegen
Gassel	580	514	91	5	11	57	1763	54	280	3,8	18,9	20,9	M 7617,81
Darmstadt	672	650	87	—	29	84	1255	—	447	2,5	14,0	15,4	M 4142,76
Frankfurt	2389	2182	255	6	49	111	3102	17	754	1,8	12,2	15,6	M 14681,98
Mainz	560	521	92	—	35	65	1302	—	517	3,4	14,1	14,8	M 4950,62
Wiesbaden	774	754	234	—	27	88	4039	—	527	5,9	17,2	19,6	M 18145,40
Summa	14921	15891	759	11	151	385	11461	71	2475	—	—	—	M 4958,57
													10406,75
													59946,32

der Vorzug vor deren plumpfäufigem Verreissen gegeben werden muß. So ist denn wohl mit Zug und Recht zu behaupten, daß zielbewußter Widerstand gegen das immer rücksichtloser sich gebende Geharen der politischen Stürmer und Dränger von heute im wahren Sinne des Wortes Menschenpflicht ist. In schnellerem Tempo denn je zuvor wechseln unter dem Einfluß steter Mehrung unseres Erkenntnisvermögens die Anschauungen über das in Wahrheit Nutzbringende schon an sich. Danach bedarf es hentztags also keineswegs mehr der Reformierung großer Stils; vielmehr hat gerade der Anspruch auf besondere Wertung seines sittlichen Verhaltens, der sich in gewissenhafter Weise Rechenschaft zu geben sucht über die durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bedingten Grenzen jeglicher Reformfähigkeit."

Wenn man so hört, möchtest leidlich klingen! Feder vernünftige Mensch, der das Entwicklungsgesetz begriffen hat, will von einer sprungweisen Veränderung in wirtschaftlichen und sozialen Dingen nichts wissen, wohl aber verlangt er, daß dem Neuen eine Basse geöffnet werden soll. Aber das wollen ja die Kapitalisten und Scharfmacher nicht und darum ist es Schwund, wenn Herr von Neißwitz nach überragenden Persönlichkeiten umschaukt — wie wäre es, wenn er sich selbst melschte?! — die die Entwicklung in normale Bahnen leiten sollen. Das Scharfmachertum, das jeden, auch den geringsten sozialpolitischen Fortschritt erbittert bekämpft und die Hebung der Arbeiterklasse zu verhindern sucht, braucht reaktionäre Menschen, die die Entwicklung hemmen und die Bewegungsfreiheit der Arbeiter beschneiden. Wenn man schon bei der modernen Sozialpolitik von einem Automobiltempo spricht, wo doch der Ausdruck Schneekengang eher am Platze wäre, so darf es uns nicht wundern, daß jede sozialpolitische Forderung als ein wildes Draufgängerum bezeichnet wird, das alle Grenzen überflüsst.

Es ist also leeres Geschwätz und eine nichtrückende und zu nichts verpflichtende Verleugnung vor der Wahrheit, wenn die Berechtigung einer sozialen Entwicklung anerkannt wird. In der Praxis des Lebens ergibt sich, als die vornehmste Forderung der Zeit die Verpflichtung der bürgerlichen Gesellschaft, alle verfügbaren Kräfte auf die Abschaffung solcher Missstände zu konzentrieren, die an die Stelle methodischer Verbollommung der bestehenden Ordnung der Dinge die gewaltsame Neukonstruktion eines idealen, jeder Möglichkeit zu irgendwelchen Interessenkonflikten auf geschlechterlichem Wege vorbeugenden Gemeinweltens setzen wollen. Hinter dieser Verpflichtung hat die Behandlung aller sonstigen politischen Tagesfragen, so wichtig sie im übrigen auch sein mögen, zunächst zurückzutreten; zum mindesten aber muß sie stets den Anzeiger für das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu einander abgeben."

Nach dem sachkundigen Urteil des Herrn von Neißwitz war Fürst Bismarck ein solcher Bremer, der selbe Bismarck, der den christlichen Arbeitern eine energische Förderung der Arbeiterinteressen versprach, und hoffentlich wird der neue Reichskanzler noch besser werden. „Herr v. Bethmann-Hollweg galt bisher als ein philosophischer Kopf und logischer Denker. In solcher Einschätzung seiner Eigenart mag die Tatsache viel beigetragen haben, daß er in seiner Stellung als Minister nicht selbständig genug war, um die eigene Meinung erfolgreich durchzusetzen gegen die Tendenzen der Amtsführung seines Vorgängers, des Grafen Bosadowsky. Unter diesem Gesichtswinkel sind seinem vielfach bemängelten Auftreten als Testamentsvollstrecker des Grafen Bosadowsky denn auch von unserer Seite aus stets milde und zugebilligt worden. Jetzt ist er der erste am Steuerruder und hat Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen, daß er mehr ist als ein philosophischer Kopf. Sein bisheriges Tätigkeitsgebiet gestattete ihm vollen Einblick in den Gedankengang, der das von allen Seiten bedürftige gewerbliche Unternehmertum zu schärfster Kritik der Absicht veranlaßt hat, auf dem Wege einer gänzlich unsachlichen Politik sozialpolitischer Konzessionen, wie sie das Arbeitsamt untergelebt, die Reichsversicherungsordnung usw. darstellen, der Umsturzbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Geben wir uns somit der Hoffnung hin, daß er nunmehr, wo das Geschick des Reichs seiner Führung anvertraut ist, aus den gemachten Erfahrungen die richtige Anwendung zieht."

Wir werden ja sehen, ob der neue Reichskanzler sich ebenso als Beauftragter des Scharfmachertums fühlen wird wie sein Vorgänger und ob auch er sich darauf beschränken wird, die Arbeiter mit Versprechungen abzuspielen und die Ausbeuter kräftig zu unterstüten.

Der Unternehmerarbeitsnachweis als Waffe der Scharfmacher. In den parbürgerlichen Münchener "Neuesten Nachrichten" wird über den Centralarbeitsnachweis der Grubenbarone folgendes Urteil gefällt: „Er wird in sehr erheblichem Maße dazu beitragen, daß die Macht position der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern zu stärken. Denn er dient nicht nur dazu, die Einstellung geeigneter Arbeitskräfte zu vermitteln, sondern auch eine Kontrolle über die Arbeiter auszuüben. Diese Kontrolle, die sich nach der Angabe des Verbandes zwar nur auf die Maßregelung kontraktörscher Arbeitnehmer erstreckt soll, kann sehr leicht und wird vermutlich auch ausgedehnt werden, auf die Tätigkeit der Arbeitgeber bei etwaigen Streiks und in der Wartebewilligung. Mit anderen Worten: Durch den Arbeitsnachweis gewinnen die Arbeitgeber die Macht, nicht nur unfähige und unzuverlässige Arbeiter von der Beschäftigung auf sämtlichen Gründen des Bezirks auszuschließen,

sondern auch den Arbeitern die Tätigkeit ihrer staatsbürgerschen Rechte bei Strafe der Vernichtung ihrer Existenz zu verbieten. Es ist durchaus anzuerkennen, daß der neuzeitliche Arbeitsnachweis eine für die Arbeitgeber sehr zweckmäßige, durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geradezu gebotene und rechtlich nicht aufsetzbare Einrichtung ist, eine Einrichtung, die auch nicht durch eine etwige Änderung der Gesetzesgebung dauernd mit Erfolg verhindert werden könnte."

Die Stärkung der Macht des Scharfmachertums, das ist der Zweck des Arbeitsnachweises, alles andere ist Augenverblendung. Zum Glück haben die Arbeiter aber auch noch ein Wort mitzubringen.

Ein neues Zuchthausgesetz ist dringend notwendig, um die Streitbrecher, diese nützlichen Elemente, zu schützen. „Es ist eine Schmach und Schande“, so schreibt die Scharfmacherpresse, „daß Leute, die gern arbeiten wollen, von anderen, die aus irgendwelchen Gründen die betreffenden Arbeitsstätten in Beruf erklärt haben, davon gehindert werden können durch Beschimpfung, Belästigung, Bedrohung und Misshandlung. Die Ausübung eines solchen Zwanges auf Arbeitswillige war doch niemals die Absicht der Gesetzgeber, als sie den Arbeitern das Koalitionsrecht verliehen. Nachdem es sich aber nunmehr in ungzähligen Fällen herausgestellt hat, daß das Recht der Vereinigung und Verabredung, daß den gewerblichen Arbeitern gegeben ist, von ihnen in schändlicher Weise missbraucht wird, ist es allerhöchste Zeit, daß die Rechtsprechung oder, wenn diese versagt, die Gesetzgebung in den bezeichneten Punkten geändert werde. Das Streikpostenstehen darf anfangs nicht mehr erlaubt sein. Damit würde die Ansammlung von allerlei Elementen und Gewissenswirken wegfallen, die sich die Belästigung der Arbeitswilligen zur Aufgabe machen. Es ist doch im höchsten Grade empörend, daß in unserem Reichstaat das Recht nur auf einer Seite sein soll, nämlich auf Seiten der Streikenden, nicht aber auf Seiten der Arbeitenden. Diese letzteren sind ja geradezu vogelfrei und müssen stets auf grobe Beschimpfungen, Tätschelungen und sogar schwere Körperverletzungen gefaßt sein, wenn sie von einem ihrer vornehmsten Menschenrechten, nämlich dem, zu arbeiten, Gebrauch machen. Unrechtsmütiigen Sozialpolitiker haben es ja glücklich dahin gebracht, daß Bernhardt, Unruh, Böhltat Blaue geworden ist. Es ist aber die höchste Zeit, daß sich hiergegen alle rechtmäßigen und billigdenkenden Staatsbürger auflehnen. Denn unter dem zehigen Reichszustand muß notwendigerweise alle Ordnung vernichtet und der elementarste Rechtsbegriff in sein Gegenteil verkehrt werden. Der Staat, der als Höchstzweck Schutz seiner Angehörigen hat, muß die Arbeitern die jede Einschränkung nachkommen, wenn er ein Reichsstaat sein will, und die staatlichen Organe, die diese Aufgabe nicht erfüllen, müssen reformiert oder beseitigt und durch andere ersetzt werden, die dazu willens und in stande sind. Mit oder neben dem Streikpostenstehen müssen natürlich auch die auf gleicher Höhe stehenden Ausrempelungen und Belästigungen der Arbeitswilligen in oder vor ihren Wohnungen verboten sein und gegebenenfalls streng bestraft werden. Das Koalitionsrecht kann nur dann ohne äußere Begleitung oder Folgererscheinungen ausgeübt werden, wo sich Gleiche gesinnt zugleichem Tun zusammenfinden. Andersgesinnte soll man persönlich ungeschoren lassen und sich auf die Mittel der Unregierung beschränken, die Lügen und Gleichtäglichkeit sucht man aber nicht durch Bedrohungen und Misshandlungen, sondern durch gütliches Zureden zur Anteilnahme an veranlassen. Gute weitere Unregierung zur gewerblichen Tätigkeit behutsame Zielstellung besserer Arbeitsbedingungen oder Bergleichen muß aber mit aller Entscheidlichkeit abgelehnt und von den Inhabern der öffentlichen Gewalt verhindert werden. Stechen dazu die bestehenden Gesetze nicht aus, so manchmal zwar dies als einen Ausfall des vornehmsten staatsbürgerschen Rechts, des Anspruchs auf Betätigung freier Meinung bei Ausübung seines Gewerbes. Gerade ein monarchischer Staat müßte auf diesen Punkt den größten Nachdruck legen, und es ist daher ganz unverständlich, daß die Staatsregierung einen tatsächlichen Zustand ruhig bestehen lassen und dulden kann, der die persönliche Freiheit des Arbeitswilligen in einem so unverträglichen Maße beeinträchtigt. Daneben müßten die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse in der Beurteilung der Streikvorfälle entsprechend bestraft werden. Hat man denn nicht gesetzliche Strafvorschriften gegen gewisse öffentliche Errichtung von Hass und Verachtung gegen einzelne Verfassungen oder bestimmte Angehörige derselben? Ist es nicht strafällig, arbeitswillige Leute öffentlich so zu beschimpfen, wie es in Nürnberg die sozialdemokratische Presse getan hat? Und hat nicht die Staatsanwaltschaft die Pflicht, da auch ohne Auftrag mit Strafanträgen gegen lebhafte Einzuschreiter? Wahrlich

Nachgeben drängt. „Die Arbeiter“, so schreibt das Blatt, haben sich diese Art der Beurteilung wirtschaftlicher Kämpfe durch die öffentliche Meinung schon längst anzuheben verstanden. Um ein bestimmtes Maß von Lohn erhöhung oder Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, seien sie ansässiglich ihre Forderungen auf das Doppelte und vertreten sie in einer Weise, daß der Fernerstehende jene als Ziel der Bewegung betrachten wird. Im Verlaufe von Einigungsvorläufen gehen dann die Arbeiter, anscheinend schweren Herzens, von ihren Positionen langsam ab, angeblich um des lieben Friedens willen; die öffentliche Meinung sieht das als einen Altkleinen Wohlgefallen an und rechnet es ihnen zum Verdienst an. Sie erachtet es dann nur als recht und billig, daß die Arbeitgeber im gleichen Maße entgegenkommen, bis man sich in der ersehnten Mitte gefunden hat. Ist endlich der Friede perfekt, so fühlt sich die öffentliche Meinung um eine Sorge leichter; die Gewerkschaften aber berichten von einem vollständigen Sieg der Arbeiter, der ihre Agitation befürchtet und ihre Mitglieder zu neuem Kampfe aufruft. Bald beginnt der Tanz von neuem und so geht es lustig weiter, zur Genugtuung der Sozialdemokratie, die mit diesem Steigen in kleinem Kreise ihrem großen Ziele, der Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung, immer näher rückt. Das Volk aber, die Arbeiter nicht ausgeschlossen, klagt über fortwährende Steigerung der Miet- und Lebensmittelpreise.“

„Doch die Steigerung der Arbeitslöhne eine Erhöhung der Miet- und Lebensmittelpreise im Gefolge habe, glaubt heute kein Volkswirtschaftler mehr; diesen Köhlergläubern überläßt er den Bierphilistern und Pfahlbürgern. Im übrigen ist das Zeugnis, daß die Arbeiter gute Diplomaten sind, sehr ehrenvoll für uns.“

Arbeiterversicherung.

Die Wahlen der Arbeitervertreter für unsere Sozialversicherung.

Unter verhältnismäßiger Stille vollziehen sich gegenwärtig zum dritten Male die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden auf Grund des § 62 des Invalidenversicherungsgesetzes: der Ausschüsse und Vorstände unserer Versicherungsanstalten, der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, der Vertreter zu den Landesversicherungsämtern, dem Reichsversicherungsamt und den Berufsgenossenschaften zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften. Die Wichtigkeit der Wahlen für die Arbeiter tritt schon äußerlich dadurch in die Errscheinung, daß es sich dabei um ca. 7000 Arbeitervertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, 350 derartiger Vertreter bei den Ausschüssen und 54 bei den Vorständen der Versicherungsanstalten, 4300 Arbeiterschaftern bei den Schiedsgerichten, 250 Arbeitervertretern bei dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern und 2200 Vertretern zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften, also rund 14 200 Personen, handelt. Ein ziemlich umfangreicher Apparat!

Die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, die in der Hauptsache von den Krankenfassenvorständen vorzunehmen sind, bilden gleichsam die Urwahlen. Für sie bestehen in allen Bundesstaaten Wahlordnungen, die meist die Nominierung der Wahl für die Zeit vom 1. Oktober bis 15. November vorsehen. Die Wahlen sind daher fast überall erledigt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind sie vielfach nicht so günstig für die Arbeiterschaft ausgefallen wie das letzte Mal. Das liegt in letzter Linie an den sehr ungünstigen Bestimmungen der Wahlordnungen. Diese räumen erstens für jene Versicherten, die keiner Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse angehören, den Gemeinden die Wahlrecht ein, und zweitens bevorzugen sie in ganz auffälliger Weise die kleinen Betriebs- und Innungskrankenkassen gegenüber den großen Ortskrankenkassen. So haben nach der preußischen Wahlordnung jene Wahlkörper, die nicht mehr als 50 Versicherte besitzen, eine Stimme; bei mehr als 50 haben sie zwei, bei mehr als 100, aber nicht mehr als 200, drei Stimmen. Für je weitere 100 Versicherte kommt eine Stimme hinzu. Im Königreich Sachsen haben Wahlkörper bis 100 Versicherte eine Stimme, bei 100 bis 500 Versicherten zwei, bei 500 bis 1000 drei, bei 1000 bis 2000 vier Stimmen. Für je weitere 1000 Versicherte kommt eine Stimme mehr dazu. Ähnlich sind die Wahlordnungen in den übrigen Bundesstaaten. Es ist danach möglich, daß eine Anzahl kleiner Betriebs- und Innungskrankenkassen eine große Ortskrankenkasse mit weit mehr Mitgliedern als jene Kassen zusammen haben, doch übereinstimmen kann. Dazu kommt noch, daß die Gemeindebehörden, da sie ja das Wahlrecht mit besitzen, mitunter selbst Kandidaten vorgeschlagen haben. Mehr als früher sind auch Neuerungen vorgenommen; so haben z. B. auf Veranlassung der Behörden Versprechungen der Kassenvorstände stattgefunden, bei denen man die Ortskrankenkassen ausgeschaltet hat usw. Im Königreich Sachsen verlegte man die Wahlen auf jene Tage, in denen die Wahlen der Landtagswahl am höchsten gingen. Bei den zukünftigen Wahlen, die voraussichtlich unter anderen gesetzlichen Einführungstatbeständen stattfinden, wird die Arbeiterschaft rechtzeitig darauf bedacht sein müssen, welche Beschränkungen ihres Wahlrechts zu verhindern.

Die gewählten Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden haben in der Zeit vom 15. November bis 31. Dezember nach Bezirken geordnet, zusammenzutreten und die Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten zu wählen. Die Ausschüsse der Versicherungsanstalten nehmen sodann die Wahlen der Vorstände, der Begutachter der Unfallverhütungsvorschriften und der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vor. Die Schiedsgerichtsbeisitzer treten dann wieder, nach Bezirken geordnet, zu Wahlversammlungen zusammen und wählen die Arbeitervertreter für das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. Sämtliche Wahlen erfolgen auf die Dauer von fünf Jahren. — Die organisierte Arbeiterschaft wird gut davon tun, den nachfolgenden Wahljahren die größte Aufmerksamkeit zu widmen, um vor Überraschungen gesichert zu sein. Unsere Freunde lassen kein Mittel unversucht, uns auch auf diesem Gebiete den Wahlerfolg und somit den Einfluß auf die in Betracht kommenden Institute und Körperschaften streitig zu machen.

Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung darauf bedacht sein müssen, vieles ganze komplizierte Wahlverfahren nach Möglichkeit zu vereinfachen.

Vom Ausland.

Österreich. In Graz sind die Lackiererwerkstätten Blühme, Wirschi und Neumahen gesperrt. Ungarn. Nach Nagyvarad (Großwardein) ist Zugang fern zu halten. Die franz. Schlosserwerkstatt und die Aussteigerwerkstatt Johann Elberbaum in Budapest bleiben gesperrt.

Ungarn. Der ungarische Bruderverband hält am 20. und 21. Februar 1909 in Budapest seine 7. Delegierten- und Generalversammlung ab. Die provisorische Tagesordnung enthält die Punkte:

1. Berichte: a) Bericht des Präsidiums; b) Bericht des Sekretärs; c) Bericht des Kassierers; d) Bericht des Überwachungsausschusses.
2. Interpellationen.
3. Erteilung des Absolutoriums.
4. Wahl der Leitung.
5. Medaillierung der Statuten und des Unterstützungsregulativs.

6. Anträge. Anträge, die im Fachblatt veröffentlicht werden sollen, müssen spätestens bis 20. Januar 1909 an die Zentrale eingesandt werden; es gelangen nur solche Anträge zur Verhandlung, die mindestens 14 Tage vor der Generalversammlung in der Zentrale einlaufen.

Schweiz. Gesperrt ist Winterthur.

Der diesjährige Kongress der amerikanischen Gewerkschaften hat kürzlich in Toronto stattgefunden. In seinem Bericht konstatiert der Präsident Gompers mit Genugtuung, daß es den Gewerkschaften Amerikas trotz äußerst ungünstiger Umstände in allgemeinen möglich gewesen ist, das im Herbst 1907 aufgestellte Prinzip durchzuführen und die in Folge der wirtschaftlichen Krise beschäfteten Lohnherabsetzungen zu verhindern. Ein Drittel der angeschlossenen Gewerkschaften berichtet über eine Mitgliederzunahme von 80 000 im letzten Jahre, doch ist insgesamt ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen, wie nachstehende Zahlen aufweisen. An die amerikanische gewerkschaftliche Landeszentrale wurden Beiträge abgeführt: im Jahre 1900 für 573 700 Mitglieder, 1904 für 1 736 300 Mitglieder, 1908 für 1 689 200 Mitglieder und 1909 für 1 586 400 Mitglieder.

98 der angeschlossenen Gewerkschaften waren in 693 Streiks mit insgesamt 87 031 Beteiligten verwickelt. Von den Beteiligten erzielten 53 971 ganze oder teilweise Erfolge, während für 9432 Arbeiter keinerlei Erfolge verzeichnet werden. Die Gesamtkosten der Streiks beliefen sich auf \$ 8 686 763.

Die von den angeschlossenen Verbänden im vergangenen Finanzjahr verausgabten Unterstützungssummen sind u. a.: Sterbegeld für Mitglieder (57 Gewerkschaften) \$ 4 985 582, Sterbegeld für verstorbene Frauen von Mitgliedern (7 Gewerkschaften) \$ 206 640, Krankenunterstützung (20 Gewerkschaften) \$ 3 074 211, Reiseunterstützung (4 Gewerkschaften) \$ 218 265, Arbeitslosenunterstützung (8 Gewerkschaften) \$ 2 032 919. Wie hieraus ersichtlich ist, von den allgemeinen Unterstützungsabgaben nur die Sterbenunterstützung ziemlich allgemein eingeführt. Die gewerkschaftliche Landeszentrale hatte im abgelaufenen Jahre eine Einnahme von \$ 975 986, eine Gesamtausgabe von \$ 855 548. Der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1909 \$ 702 674.

Zur Durchführung des Rechtsstreites in dem bekannten Prozeß Gompers und Genossen ist ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher an Einnahmen \$ 186 051, an Ausgaben \$ 26 349 und einen Kassenbestand von \$ 159 702 aufweist.

Das Organ der amerikanischen Gewerkschaftszentrale, der monatlich erscheinende „Federationist“, verursachte eine Ausgabe von \$ 95 254. Für Umlaufe wurden \$ 84 624 eingenommen, so daß der erforderliche Zufluss \$ 10 730 beträgt.

Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise bestellt. Die Gesamtumfosten hierfür beliefen sich auf etwa \$ 200 000. Der Zentrale direkt angeschlossen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 29 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftskartelle und 4 besondere Gruppen. (Bauarbeiter, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmärkte), gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Kartelle vor 12 Jahren.

Über seine Europareise berichtet Gompers: „Die verschiedenen Arbeitervertreter in England stellen zweifellos eine zurzeit für die Arbeiterklasse notwendige Bewegung dar. Das Taff-Vale-Urteil hatte den lebhaftesten politischen Protest der Lohnarbeiter herborgerufen. Ein gegenteiliges Urteil in Amerika sollte trotz aller Meinungsverschiedenheiten Ungewissheit über die Ziele und trock des Fehlens der Einigkeit zwischen den Arbeitervertretern im englischen Parlamente nicht gefällt werden. Die englischen Arbeiter haben auf politischem Gebiete mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. 40 Prozent der Lohnarbeiter sind in manchen Städten gänzlich des Wahlrechtes beraubt, während der Besitz zu mehreren Stimmen berechtigt.“

Über die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagt Gompers: „Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des Internationalen Sekretariats bisher wenigen praktischen Aufgaben dienten, abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbezeugungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung dagegen ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Österreich und Holland beschränkten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Beurteilung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Feld für die Möglichkeit einer internationalen beratenden Körperschaft erklärt, die, demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung jedes Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nichtgewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen ausschließt. Das bin vollkommen überzeugt, daß obwohl das internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und deshalb sage ich auch nicht, die einen Anschluß zu empfehlen. Die Kosten würden gering sein, ebenso wie materiellen Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermesslicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unter Anschluß an das internationale Sekretariat die

Gründung einer internationalen Federation der Arbeit beschleunigen würde.“

Zum Schluß wird dann darauf verwiesen, daß „in keinem Lande die Gewerkschaften unabhängiger, stärker und erfolgreicher seien, als in den Vereinigten Staaten.“ Die gegenseitige Entsendung von Delegierten sei das bestes Mittel, Verständnis und Aufführung über die Bewegung der verschiedenen Länder zu verbreiten. Mehr Freiheit unter den Gewerkschaften der einzelnen Länder würde die Verbindungen der Arbeiterschaft immer fester gestalten. Es müsse zum Prinzip werden, Mitglieder einer anerkannten Gewerkschaft überall als gleich- und vollberechtigte Männer anzusehen.

Verschiedenes.

Entwicklung der deutschen Großstädte von 1900—1908. Ende des Jahres 1908 bestanden in Deutschland 41 Großstädte, d. h. Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts war die Zahl solcher Städte erst 33 gewesen. Ihre wachsende Bedeutung erhellt auch daraus, daß, während Ende des Jahres 1900 erst 9 123 861 Menschen Großstadtbewohner waren, man deren Ende des letzten Jahres 13 982 440 zählte. In welchem Maße die einzelnen Großstädte in den letzten 8 Jahren an Einwohnerzahl zugenommen haben, ist aus folgender Tabelle ersichtlich. Es betrifft die Einwohnerzahl Januar 1900/1908

in	Ende 1900	1908	absolut	in %
Berlin	1 888 848	2 106 940	218 092	12
Hamburg	705 738	864 260	158 522	22
München	499 932	559 780	59 848	12
Dresden	396 146	545 070	148 824	38
Leipzig	456 124	530 910	74 786	12
Breslau	422 790	499 990	77 200	18
Köln	372 529	467 650	95 121	25
Frankfurt a. M.	288 989	362 010	73 621	25
Düsseldorf	213 711	284 440	70 729	33
Nürnberg	261 081	318 000	56 919	22
Stuttgart	176 699	276 730	100 031	56
Hannover	235 649	286 840	51 191	22
Charlottenburg	189 305	273 790	84 485	45
Chemnitz	206 913	270 950	64 037	31
Essen	118 862	263 510	144 648	121
Magdeburg	229 667	260 500	20 833	9
Stettin	210 702	244 300	33 598	15
Bremen	163 297	233 750	70 453	43
Königsberg	189 483	230 430	40 947	22
Duisburg	92 730	214 580	121 850	131
Meldorf	90 422	212 090	121 668	135
Dortmund	142 733	203 190	60 457	43
Auel	107 977	183 830	75 853	70
Mannheim	141 131	181 990	40 859	38
Strassburg	151 041	177 600	26 559	18
Halle	156 609	176 800	20 191	13
Altona	161 501	172 190	10 689	6,6
Danzig	140 563	170 210	29 647	21
Elberfeld	156 966	168 570	11 604	7,4
Schöneberg	95 998	163 490	67 492	70
Bremen	141 944	161 120	19 176	13
Cassel	106 034	157 780	51 696	49
Bozen	117 033	150 470	33 437	29
Utrecht	135 245	151 380	16 135	12
Braunschweig	128 226	141 110	12 884	10
Bochum	65 551	134 990	68 439	104
Karlsruhe	97 185	128 970	31 785	33
Crefeld	106 893	127 510	20 617	19
Mainz	84 251	118 640	29 389	35
Blauen	73 888	112 970	39 082	58
Erfurt	85 202	107 580	22 358	26

Die lebhafteste Entwicklung haben demnach die westlichen Industriestädte: Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund genommen, die ihre Einwohnerzahl zum Teil mehr als verdoppelt. Über auch die Nachbarstädte Berlins, Münster, Schöneberg, ferner Charlottenburg, haben teils gewaltige Zunahmen zu verzeichnen. Dagegen hat die Reichshauptstadt, die eben fortwährend durch Abwanderung in die Vororte verliert, nicht sehr bedeutend zugenommen. Die sächsischen Industriestädte erfreuen sich ebenfalls einer guten Entwicklung, ferner der Kriegshäfen Kiel und die großen Südbaden Städte München, Stuttgart, Cassel, Mannheim. Fast stagniert hat die Bevölkerungszunahme in Magdeburg, Altona und Elberfeld.

</div

heißt Worte finden.
des Willens ehrnes Muß
liegt in der Gedanken Gun.

Und ein andrer — ein Fraiser — findet für des
„Proletariers Sehnsucht“ die Worte:

Um grünen Waldesbaum entlang.
Wie friedlich grast das Wild,
D. gleich doch nur ein einziger Mal
Mein Leben diesem Bild.

Ich steh' am Bach, der rauschend fließt,
Die Ufer umfaßt mit Moos,
Ich denk' und sinn', ich rief ihm zu:
Komm mit mein hartes Los.

Die meisten Beiträge behandeln, was ja fast selbstverständlich ist, soziale Probleme. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Bestrebungen des Herausgebers, geistige Schätze aus der Tiefe des Proletariats zu heben und sie als Kulturdokumente zu sammeln (Seenstein schlägt hierzu alle irgend gangbaren Wege ein; es ist derselbe Genosse, der jetzt auch die Arbeiterdilettanten-Kunstausstellung in Berlin veranstaltet!), von jeder Seite Förderung erfahren. Wir empfehlen dringend der Kollegenforschung den Bezug des Buches: „Arbeiterphilosophen und Dichter“.

Die Produktivgenossenschaft, ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft. Agitationsschrift von H. Staude-Zürich. Preis eines Exemplares 10 Pf., gegen Einwendung von 15 Pf. in Marken portofrei, 100 Exemplare zugänglich Nachnahmeporto kosten 5.20 Mk. Bestellungen sind an die Buchdruckerei Wittenberg in Zürich III zu richten.

„Der Bibliothekar“ Nr. 9 ist soeben erschienen. Die Zeitschrift enthält folgende Artikel: Eine Schifferbibliothek. Von W. Schünig. Organisatorische Arbeit. Von Thl. — Etwas über Buchbinderei. Von H. Höllerer. Buchbinderei. Eine Revue der Bücherbesprechungen. Von Max Klette, Berlin. — Zur Frage des Bibliothekarchivs. Von H. Hohnheiser, Bautzen, Mähren. — Neues aus dem Schaffsteinischen Verlage. — Von Bilderbüchern und Büchern mit Bildern. Von W. Sch. — Bücherbesprechungen. — Bibliothekserichte: Halle, Berlin (Heimann), Würzburg. — Bibliothek - Technisches: Vormerken auf ausgeliehene

Bücher. Von S. Hanauer. — Zweckmäßige Einrichtung der Bücherausgabe in kleinen Orten. Von G. Hg. — Lese- und Saalbücher. Von Thl. — Notizen und Sprechsaal.

Die reichhaltige Zeitschrift, die in ihrem Inhalt noch immer ausgebaut wird, sollte eine weit größere Verbreitung finden. Nicht nur alle Bibliothekerverwaltungen, sondern auch alle Bücherliebhaber und Bücherfreunde sollten darauf abonnieren. Der Abonnementsbetrag ist nur 50 Pf. im Vierteljahr.

Sterbetafel.

Dresden. Am 1. Dezember verstarb der Kollege Ernst Starke im Alter von 57 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Vereinstiel.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen auf Grund § 7c des Statuts wurde das Mitglied Heinrich Scheel, Buchn. 126022, von der Zahlstelle Apolda.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 30. November bis 6. Dezember. Eingesandt wurde für die Hauptkasse: Lübeck 400, Ingolstadt 50, Herford 150, Basel 740, Büdelsdorf 6.30, Meerane 100, Sagan 49.50, Neustadt a. S. 60, Mühlhausen i. E. 100 M.

Material wurde versandt:

B. = Beitragssmarken. E. = Eintrittsmarken.

D. = Duplikatmarken. K. = Kalender.

Br. = Broschüren. Pr. = Protokolle.

M. M. = Marken-Mappen. B. A. M. = Vereins-Anzeiger-Marken.

Ashaffenburg 5 D.; Bielefeld 10 M.; Brandenburg 20 B. a 20 S. (für Frauen), 20 K.; Bremen 50 K.; Celle 25 K.; Coburg 15 K.; Cottbus 3 K. 400 B. A. M.; Danzig 1 Br.; Frankfurt a. O. 200 B. A. M.; Fulda 6 K.; Gera 10 K.; Görlitz 1200 B. a 20 S.; Kempten 12 K.; Luckenwalde 20 K.; Lüdenscheid 10 K.;

Magdeburg 20 K.; Naumburg 15 K.; Oranienburg 10 K.; Lüttich 10 K.; Regensburg 8 K.; Reichenhall 400 B. a 25 S.; Saarbrücken 10 D.; Schleswig 2 K.; Wittenberg 10 K.; Posen 200 B. a 60 S.

H. Wentker, Hasslerer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschland

(eingetragenes Gesellschafts-Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassierers vom 28. Novbr. bis 1. Dezbr. Nebenkassen von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefordert von Rudolph-Mannheim 200 M., Berlin-Hohenzollern 100, Brunner-Stegensburg 100, Appel-Crefeld 80, Braumann-Barmen 200, Landahl-Potsdam 150, Müller-Karlsruhe i. Baden 100.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Stöppel-Magdeburg 200 M., Schulz-Spandau 150, Hall-Wiesbaden 100, Schulz-Coepenick 100.

Krankengelber erhielten Buchn. 28097 B. Winkel in Breslau 15.75 M., Buchn. 5500 B. Wolde in Cassel 18., Buchn. 33033 St. Chmielowski in Posen 20.25, Buchn. 32008 M. Großmann in Boppot 18.50, Buchn. 6643 M. Alberts in Peine 13.50, Buchn. 19741 B. Möhl in Wallerstein i. Bayern 13.50, Buchn. 26307 B. Hartmann in Göbberich i. Baden 13.50, Buchn. 15934 B. Brink in Neustadtgödens 27., Buchn. 24864 M. Langen in Breslau 24.75, Buchn. 5552 K. Schwarz in Cassel 13.50, Buchn. 28724 G. Beck in Gr. Bohrau bei Horst 1. L. 36., Buchn. 1587 L. Grabowski in Wend.-Buchholz 26., Buchn. 14818 K. Nez in Lissa i. Posen 13.50, Buchn. 36525 F. Heidt in Boppot 13.50, Buchn. 4763 K. Haith in Uelzen i. Hannover 18., Buchn. 33339 K. Werden in Landsberg a. Warthe 12.25, Buchn. 13948 B. Langmann in Cassel 13.50.

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung aus München hat das Mitglied Adolf Weiß sein Buch Nr. 2406 mit 7 M. an einen Ludwig Bettendorfer zur Einzahlung der Beiträge gegeben. Bettendorfer ist aber mit dem Geld und Buch verschwunden. Sollte Bettendorfer nach einer Verwaltungsstelle mit dem Buch reisen, dann ersuchen wir das Buch anzuhalten und uns zu benachrichtigen.

J. H. Bille, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Kollege Otto Hansen, geb. in Kopenhagen (Dänemark) wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen mich nochzukommen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Betreffenden bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse gelangen zu lassen an (M. 1.40) C. Schreiber, Maler, Stadtfeld, Kr. Uelzen.

Arbeitslosen Kollegen

Ist Gelegenheit geboten, sich allsorts hohen Verdienst (auch als Nebenerwerb) zu sichern. Ernstlich Reflexierende erfahren Näheres durch R. Uhlitzsch, Bützow i. S., Bogenstr. 31.

flottgehendes Malergeschäft
ist in einer größeren Industriestadt Holsteins (34.000 Einw.) unter sehr günstigen Bedingungen baldigst zu verkaufen. Geringe Anzahlung. Off. unter M. 100 an die Exped. d. Blattes.

Abendunterricht in Holz- und marmor-Malen von G. D. Hintze, Hamburg, Mittelstr. 79.

Malerschule Hameln a. d. Weser
→ Bischbeckerstraße 46 ←
Staatlich genehmigt.

Bedeutende Erfolge in der Dekorations-, Holz- u. Marmormalerei, ferner Buchführung, Vorläufe. Es wirken verschiedene erste Speziallehrkräfte in getrennten Lehrsälen. Prospekte kostenlos durch die Schulleitung.

Wollen Sie sich in der **Holz- und Marmormalerei** gründlich ausbilden, so besuchen Sie die Fachschule von Mathias Nabben, Düsseldorf, Unterstraße Nr. 118. Prämiert mit den höchsten Auszeichnungen. Prospekt gratis.

Malerschule zu Bremerhaven
von C. H. Dreier & Grabenstraße Nr. 22

Schule für Dekorations-Malerei, Holz und Marmor, Schriften. Prospekte gratis und franko. Wintersemester vom 1. November bis 31. März.

Abendunterricht
in Holz- und Marmor-Malerei
Dienstags und Freitags 7—10 Uhr, Sonntags morgens 8—12 Uhr, monatlich Mark 10.— Gründliche praktische Ausbildung. Günstige Verbindungen mit Straßen- u. Vorortsbahn H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Malunterricht
für Holz, Marmor, Ornament, Blumen und Landschaft. Erste Lehrkräfte. Honorar billigst. W. Draheim, Berlin-Wilmersdorf, Schönfeldstr. 14, Tel. 9468. Abendkurse Eintritt jederzeit.

Malerkalender

für 1910

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. — 9. Jahrgang.

Der Preis beträgt nur für Mitglieder pro Exemplar 60 Pfennig. Bei Kartbezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Zillenverwaltungen das Stück zu 55 Pfennig verrechnet, sodass 5 Pfennig für Zollvergabekosten verbleiben. Bei Bestellungen von weniger wie 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung. Bei einer Bestellung sind 10 Pfennig für Porto extra beizulegen. Bestellungen sind direkt an den Vorstand zu richten.

Billig und praktisch

„Neue Holz- und Marmormalereien“

Serie I: Neue Holzmalereien Mk. 18.— || Beide Werke

Serie II: Neue Marmormalereien 15.— || Mk. 32.—

Porenrollen per Paar (1 und 2½ Zoll breit) Mk. 6.— einzelne (3 Zoll breit) Mk. 4.50. Sämtliche Pinsel für die Holz- und Marmormalerei.

Schule für Holz- und Marmormalerei und moderne Techniken von Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5

Man verlange Prospekte!

Anterschule 3330 Halle

Warum nur 1 Monat Unterricht?

Bergleben Sie Seite 344 in Nr. 43 dieses Blattes oder verlangen Sie hierüber nähere Auskunft u. Prospekte gratis u. franko von Fr. Schott, Schwerin i. M. 5.

Erstkl. Kölner Fachschule

für Holz- und Marmormalerei, Stoffimitation und moderne Techniken

von Georg Haas, Köln, Gackenerstraße 49.

Prämiert: Köln 1905. Malertag Itzehoe 1908 für 8 Schülerarbeiten. Malertag Graudenz 1908 für hervorragende Leistungen. Malertag Gera 1909 für 11 Schülerarbeiten.

Schule der mod. Richtung. Keine Zeitverschwendungen. Leistungsfähigste Schule am Platze.

Beginn 1. November. Illustrirter Prospekt gratis.

Eintritt jederzeit.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der eisenschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg II.

versendet gratis und franko

I. Bergische Spezial-Fachschule für

Holz- und Marmormalerei

Carl Reichenberg, Remscheid-Hasten (Rheinld.)

Inhaber vieler Ehrendiplome, Medaillen und I. Preise. 5 Schüler erhielten 1909 wieder höchste Auszeichnungen, Ehrendiplome, Staats-

preise etc. zuerkannt.

Holz- und Marmorschule

von E. Christen, Hamburg,

Ulandstr. 67, II. 2 III.

Prospekt gratis

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—

Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.

Ph. Brühl, Dresden i. Bef.

Magdeburg 20 K.; Naumburg 15 K.; Oranienburg 10 K.; Lüttich 10 K.; Regensburg 8 K.; Reichenhall 400 B. a 25 S.; Saarbrücken 10 D.; Schleswig 2 K.; Wittenberg 10 K.; Posen 200 B. a 60 S.

H. Wentker, Hasslerer.

Malerschule Buxtehude

Große Schule für Dekorationsmaler. 1907 wieder goldene Medaille und Ehrenpreise.

Progr. d. Direktor Eisewag.

Anfang des Tages-Kursus

in Holz- u. Marmormalerei

1. Dezember, Monat 16 Mark.

Dreimal abends und Sonntags, Monat 11 Mk.

A. Clauss, Allee 228, Altona, nahe Flora.

Detmolder Malerschule

Dekoration, Holz und Marmor etc.

„Jüngste Auszeichnung 1908“

Staatsmedaille

Photographien bisheriger Arbeiten franko gegen franko.

Malerschule Wilh. Schütze

HAMBURG

Bei dem Strohhouse 12. Prospekt gratis.

Mod. prakt. Schriftenheft

1.50 Mk. und 80 Pf., ferner Abteilung zum Schriftenentwurf von König 2.70 Mk., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reihe 2.50 Mk., 20 Delstuben 4 Mk., Malerläster und Malerkleider billig.

P. Steet,

Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegegetragen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang

jetzt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.

Hosen aus Nesselstoff 2.— M., Mützen 40 S.